

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 82.

Montag, den 6. April 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Unerfätlichen.

Ob oder inwieweit der deutsche Boden fähig ist, den für die Bevölkerung des Reiches erforderlichen Getreidebedarf zu liefern, darüber ist seinerzeit viel hin und her gestritten worden. Die Agrarier behaupten natürlich aus naheliegenden Gründen, Deutschland könne sich selbst genügend mit Getreide versorgen. Von sämtlichen nichtagrarischen Richtungen ist dies mit allem Nachdruck bestritten worden. Nun hat ein Privatdozent zu Breslau, Dr. Ehrenberg, sich neuerdings „mit aller Rückertlichkeit und wissenschaftlichen Objektivität“ an die Frage herangemacht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Getreideproduktion auf dem deutschen Boden erheblich gesteigert werden könne. Die nationalliberale Presse, die ja stets bereit ist, die Schleppe der agrarischen Richtung zu tragen, ist über diese wichtige „Entdeckung“ hoch erfreut und ein Lobgesang der „Nat. Korrespondenz“ auf den Professor Ehrenberg und seine Forschungen findet weite Verbreitung. Ehrenberg setzt seine Hoffnungen auf die verschiedenen Verbesserungen der landwirtschaftlichen Betriebsweise, auf den künstlich hergestellten Stickstoff und dessen Bervollkommnung, auf die rationellere Sortenauswahl und auf die Steigerung der Produktivität des Bodens durch Kalk- und Phosphatdünger. Auch der Ausbau von Verkehrswegen eröffnet ihm günstige Aussichten; sehr viel erhofft er aber von der Verbesserung der Vorbildung der landwirtschaftlichen Betriebsleiter und Beamten, mit der er auch eine nachdrücklichere Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten in Verbindung bringt.

Man wird ohne weiteres zugeben, daß die erwähnten Verbesserungen der Betriebsweise in der Landwirtschaft eine Steigerung des Ertrages beim Getreidebau bewirken können. In welchem Maße, läßt sich vorläufig nicht feststellen. Indessen bleibt allen diesen Wahrscheinlichkeitsberechnungen gegenüber immer ein triftiger Einwand bestehen, von dem merkwürdigerweise verhältnismäßig wenig Gebrauch gemacht wird; wir meinen die Erscheinungen in der Bevölkerungsbewegung. Der Flächenraum, der heute das Deutsche Reich umfaßt, hatte im Jahre 1816 etwa 25 Millionen Einwohner, die im Jahre 1855 auf 36 Millionen Einwohner gestiegen waren. Im Jahre 1900 war die Bevölkerung des Reiches auf 56 Millionen Köpfe gestiegen, und heute beträgt sie mehr als 60 Millionen. Auf dem gleichen Boden hat sich also die Bevölkerung in etwa 90 Jahren auf weit mehr als das Doppelte vermehrt. Wenn man annimmt, daß früher der deutsche Boden den für die Bevölkerung notwendigen Getreidebedarf selber hat liefern können, so kann man doch unmöglich behaupten wollen, daß die durch verbesserte Betriebsweise bewirkte Steigerung der Getreideproduktion mit der ungeheuren Zunahme der Bevölkerung hat Schritt halten können. Nein, Deutschland kann seine Bevölkerung nicht selbst genügend mit Getreide versorgen. Das herrschende Schulzollsystem setzt sich über diese Tatsache hinweg, und die Folge ist enorme Lebensmittelteuerung und Unterernährung der Volksmasse.

Der Breslauer Professor weist aber auch auf „Gefahren“ hin, die der deutschen Landwirtschaft in absehbarer Zeit seiner Meinung nach erwachsen werden. Er meint, eine Verbilligung der ausländischen Getreideproduktion stünde bevor, wenn erst einmal die näher gelegenen asiatischen Länder und Nordafrika in rationelle Kultur genommen würden. Schon wenn dies in der rumänischen Walachei geschehen würde, entstehe eine „Gefahr“ für die deutsche Landwirtschaft. Wir müssen in Deutschland genau den Betrag der Wucherzölle über den Weltmarktpreis des Getreides zahlen und wenn die „Gefahr“ entsteht, daß dieser Weltmarktpreis wieder fällt, dann wird schleunigst ein Alarmruf ausgestoßen. Sollte hinter den anscheinend harmlosen „Forschungen“ dieses Professors die unerfätliche agrarische Begierlichkeit stehen, welche schon darauf vorbereitet will, daß bei der bevorstehenden Verbilligung der ausländischen Getreides neue Zollerhöhungen gefordert werden sollen? Und hat dann der Professor dabei die schöne Aufgabe, einen „wissenschaftlichen“ blauen Dunst aufsteigen zu lassen, damit die Deutschen in dem tröstlichen Wahn befangen bleiben sollen, daß das Deutsche Reich resp. dessen Landwirtschaft imstande sei, den Bedarf des deutschen Volkes an Getreide selbst zu decken? Welch schöne patriotische Aufgabe für die nationalliberale Presse, diesen blauen Dunst im Interesse der Herren Großgrund- und Rittergutsbesitzer und Großbauern durch das ganze Reich zu verbreiten und einseitigen „Stimmung“ zu machen!

Die Zeit ist ja auch so günstig gelegen, wie selten. Wir haben im Reichstag und im preussischen Landtag eine

agrarische Mehrheit. Hätte man sie nicht, so könnte man sie bekommen, denn mit dem „entschiedenen Liberalismus“ ist jetzt alles anzustellen. Als die Sozialdemokratie die Zollerhöhungen mit zäher Obstruktion bekämpfte, fiel ihr der Freisinn mit seinem Helden Eugen Richter schon damals in den Rücken. Das Unbegreifliche — heute wird's Ereignis. Warum sollten dekorierete Freisinnshelden schließlich nicht auch noch einmal für erhöhte Getreidezölle zu haben sein?

Aber die Agrarier können sich's ohne diese „Helden“ leisten und ohnedies ist ja noch der Reichskanzler da, der einst auf seinem Leichenstern bescheiden hat will, daß er ein agrarischer Reichskanzler gewesen. Also — man wird versuchen, diese günstigen Umstände zu nützen, bevor dieser Reichskanzler durch eine Kabale der Junker gestürzt wird, die an seinen Posten wollen. So ein lebenswürdiger Reichskanzler, der triumphierend den Agrariern die „Zeit der Ernte“, nämlich die Epoche des Brotwuchers ankündigt, kommt so leicht nicht wieder.

Die nationalliberale Presse ist sehr erfreut, daß die Kalkulationen des Breslauer Professors „so manchen Hoffnungen“ Raum lassen. Indessen steigt in dieser hoffnungsfrohen Zukunft denn doch ein dunkles Wölkchen auf: die „Nationalliberale Korrespondenz“ fürchtet sich ein wenig vor der „ländlichen Arbeiterfrage“. Deren „Pöhlung“ zu erreichen oder ihr die Schärfe zu benehmen, die sie strichweise ohne Frage hat, erscheint dem Blatte als die wesentlichste agrarpolitische Aufgabe. Will man damit sagen, daß die „Leutenot“ es sei, welche die Produktivität der Landwirtschaft beeinträchtigt, und will man etwa mit dem „Import“ von chinesischen Kults der Landflucht der Proletariat steuern? In dieser Periode agrarischer Junkerherrschaft müssen wir auf alles gefaßt sein, denn die Junker und Junkergenossen wollen lieber die chinesischen Kults im Lande haben, als daß sie die einheimischen Arbeiter besser bezahlen und behandeln. Aber es ist auch die Furcht weithin verbreitet, wie ja namentlich von einzelnen Zentrumsmitgliedern immer behauptet wird, daß es unter den ländlichen Arbeitern gärt und daß sie sich das Revolutionsrecht in absehbarer Zeit erkrohen werden, wenn man es ihnen nicht geben will. Dann wäre freilich die Zeit der agrarischen Mehrheiten im Reichstage vorüber.

Daß das unerfätliche Agrariertum sich mit der jetzigen reichlichen Beute auf längere Zeit begnügen würde, ist schon früher bestritten worden. Möglicherweise soll mit den Untersuchungen über den Stand der Getreideproduktion Deutschlands eine Epoche eingeleitet werden, in der die Agrarier nach neuen Liebesgaben schreien. Und das Schreien verstehen sie bekanntlich.

Die Annahme des Ausnahmegesetzes.

Der Blockreichstag ist auf das Niveau der preussischen Duma herabgesunken. Der Freisinn hat den letzten Akt seiner Selbsteinmannung vollzogen. Die Epigonen der Epigonen Hoyerbedes haben einem doppelten Ausnahmegeetze zugestimmt, einem Ausnahmegeetze, das seine Krallen gleichzeitig gegen die Arbeiterschaft und gegen die Millionen polnischschredender Bevölkerung im Deutschen Reich richtet. Der Freisinn, der einstmals einem Bismarck gegenüber etwas wie Würde bewahrte, ist zum politischen Pudel eines Bülow herabgesunken. Seitdem die Bank- und Börsenwelt in Dernburgs Person einen Konzeptionschulze in der Reichsregierung besitzt, läßt der Freisinn keinen Tag verstreichen, ohne mindestens ein halbes Duzend Grundsätze für Fußtritte zu opfern. Und dann kommt noch Müller aus Meiningen, den einstmals seine jetzigen Blockfreunde den Parlamentsharlekin nannten und beklagt sich, wenn die sozialdemokratische Presse im gerechten Zorne über die freisinnige Sämmlichkeit einmal Worte findet, die nicht im Knigge verzeichnet stehen. Und Herr Payer, der Hofdemokrat, immerhin ein Mann, den wir ja nicht in einem Atem mit Müller-Meiningen nennen möchten, sucht seine Befähigung zum praktischen Staatsmann durch einen Eierlanz zu beweisen, beweist aber nur, daß ein grazioser Eierlanz, ästhetisch genommen, immer noch angenehmer wirkt, als blindwütige Tapfigkeit, die mit kindischer Eitelkeit anmutig gepaart ist. Der nationalliberale Heber bewies, daß der Jesuitismus auch in protestantischen Seminaren gedeiht, und die Rechte tat ihren freisinnigen Hörigen den Gefallen, so zu tun, als ob sie ihnen Opfer gebracht habe.

So kläglich die Rolle war, die in der Sonnabend- sichtigung des Reichstages durchweg die Rechner der Holtentottenmehrheit spielten, so vortrefflich waren durchweg, jede in ihrer Art, die Rechner der oppositionellen Rechner. Herr Spahn machte manche Zolltariffände durch einen willkürig ersten Protest gegen die Bülowische Gewaltpolitik gut. Der Elsfässer Velfore prägte das prächtige Wort von der Essigtonne des § 7 und selbst der nüchterne Däne Hanssen, der sonst mit der freisinnigen Dernburg-Fraktion stimmt, fand Löne wirksamer Art. Der alte würdige Fleist Kadzivil brandmarkte den Pharsalismus der sich christlich nennenden Gewaltpolitiker, und der ultramontane Elsfässer Vonderseeer bewies, daß er mit seinem Freiheitsfinn noch die ganze freisinnige Fraktionsgemeinschaft versorgen könnte. Die Rechner unserer Fraktion, die Genossen Hue und Legien, zwangen durch ihre gehaltvollen Ausführungen selbst die Radikalmehrheit zur Aufmerksamkeit. Es war sehr spät am Abend, als der Genosse Hue sprach und doch hatte er völlig das Ohr des übermüdeten Hauses. Er redete noch einmal eindringlich dem Freisinn ins Gewissen; aber ausschlagreicher ist es, den Teufel bei seiner Großmutter verklagen, als die Freisinnigen veranlassen zu wollen, ihren, so oft im dröhnenden Bezirkspathos vorgetragenen Grundjagen, da, wo es gilt, nachzuleben.

Die Abstimmung des Freisinn stand fest und kaum hätte es des Rädels bedurft, den Bethmann-Hollweg mit dem Versprechen einer Begünstigung der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften hinwarf. Der Räder wurde etwas verhüllt; um so hilfloser war der Räder, der den christlichen Gewerkschaften geboten wurde. Unterstaatssekretär Wer muth trieb sich während der Verhandlungen unter den christlich-sozialen Arbeitervertretern herum, um sie noch durch persönliches Zureden zum Anbeißen zu bewegen. — In später Abendstunde folgte die Abstimmung. Mit 200 gegen 179 Stimmen wurde der Schandparagraf angenommen. Da Gothein fehlte, zeigten sich nur 4 Freisinnige als einigermaßen ihrer Parteibezeichnung würdig. Die Namen dieser anständigen Freisinnigen stehen im Text. Der Rest verdiente die Bülowische und Kraetkesche Blockbrüderschaft. Heute Montag haben die Freisinnigen Gelegenheit, sich noch weiter zu bejudein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wie der Staat ausgebeutet wird.

In einem nationalliberalen Blatte lesen wir: „Der Oberpräsident von Wilnowski war erst seit wenig mehr als einem Jahre in der Provinz Sachsen als Nachfolger des früheren Staatssekretärs v. Bötticher tätig, als er bereits „in den Ruhestand versetzt“, das heißt pensioniert wurde. Jetzt ist er, wenige Monate nach seinem Rücktritt, vom Provinziallandtag der Provinz Sachsen zum Landeshauptmann gewählt worden. Das Amt bietet ein großes Maß von Arbeit und Verantwortung für einen in der Volkskraft des Lebens stehenden Mann. Herr v. Wilnowski wird außer den 15000 Mk. Jahresgehalt als Landeshauptmann noch seine Pension als Oberpräsident weiter beziehen, da nach Lage der Gesetzgebung ihm diese nicht abgerechnet werden kann. Herr von Wilnowski fällt also dem preussischen Pensionsetat zur Last, obwohl er zweifellos die Vorbedingungen für die Pensionierung, körperliches Gebrechen oder körperliche oder geistige Schwäche, nicht erfüllt. Seine Entlassung soll ja auch bekanntlich nicht wegen Dienstunfähigkeit, sondern aus Gründen „gesellschaftlicher Natur“ erfolgt sein. Sedenfalls ist es ein unhaltbarer Zustand, daß ein vollkräftiger Mann, der ein verantwortungsvolles, arbeitsreiches neues Amt übernimmt, aus jedenfalls unzureichenden Gründen dem Pensionsfonds zur Last fällt. Sind die „gesellschaftlichen Gründe“ so leichter Art, daß die Provinz kein Bedenken trägt, Herrn v. Wilnowski zum Landeshauptmann zu wählen, so würde er sicher auch in irgend einem hohen Staatsamt noch gute Dienste leisten können. Die Anspannung des Pensionsfonds ist gerade groß genug.“

Also selbst das fromme nationalliberale Blut kommt in Wallung bei dieser Art, mit den Pensionierungen zu wirtschaften.

Genau vor 60 Jahren, im April 1848 war es, als die württembergische Regierung bei der Kammer ein Gesetz, die Volksversammlungen betreffend, einbrachte. Es ist datiert vom 2. April 1848. Das ganze Gesetz, das in Württemberg heute noch in Kraft ist, besteht in einem einzigen Artikel. Derselbe lautet:

„Allen Staatsbürgern ist das Recht eingeräumt, zur Besprechung allgemeiner Angelegenheiten ohne polizeiliche Gefährdung, jedoch unter Beobachtung der zur Aufrechterhaltung der Geseze und der bürgerlichen Ordnung bestehenden Vorschriften, öffentliche Versammlungen abzuhalten.“

Dergleichen Versammlungen sind entweder vorher öffentlich bekannt zu machen, oder ist hiervon der betreffenden Ortsbehörde Anzeige zu tun.

Alle entgegenstehenden Geseze und Verordnungen, insbesondere die Verordnung vom 12. Juni 1832, sind und bleiben aufgehoben.“

Dem Begründungsvortrag des Staatsrats Duvernoy entnehmen wir folgendes:

„Das Recht der Staatsbürger, zur Besprechung allgemeiner Angelegenheiten öffentliche Versammlungen abzuhalten, ist in der Verfassungsurkunde nicht ausdrücklich gewährleistet, wenigstens alle politisch vorgeschrittenen Völker mit Grund einen hohen Wert darauf legen, daß die unmittelbare Teilnahme aller Staatsbürger an den allgemeinen Interessen gesetzlich gesichert und gegen jede Willkür gesichert ist. Diese Lücke auszufüllen, beabsichtigt der Gesetzentwurf, welchen ich auf höchsten Auftrag Seiner Majestät dieser hohen Kammer vorzulegen habe... Die Staatsbürger sollen ungehindert besprechen dürfen, was dem Staat und der Gemeinde frommt, und sich des erhebenden Bewußtseins, ein aktives Mitglied des Staates zu sein, erfreuen. Dieses Recht gebührt einem politisch mündigen Volke, dessen Stimme bei der Leitung seiner Geschicke gehört wird, in dessen Vertrauen und Mitwirkung die Regierung ihr Recht und ihre Stärke findet. Die einzige zur Verhütung von Mißbräuchen, welche allerdings möglich sind, vorgeschlagene Schranke besteht in der Öffentlichkeit...“

Dieses alte gute Recht, das keine polizeiliche Überwachung, keinen Sprachparagrafen, keinen Ausschluß der Minderjährigen usw. kennt, verachtet die württembergische Demokratie für eine Erweiterung der Borseinspektion. Und Herr Naumann, der seine Wahl der Sozialdemokratie dankt, macht den schmählichen Handel mit! Zum zweiten Male wird ihm die organisierte Arbeiterschaft Württembergs schwerlich Gelegenheit geben, alte Volksrechte gegen Borseinspektion zu verächtlichen!

Ein faulenzender Abgeordneter.

Unter dieser Ueberschrift teilt der „Vorwärts“ mit: Bekanntlich hat die Reichsregierung schon im ersten Abschnitt der laufenden Session des Reichstages einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach der § 63 des Handelsgesetzbuchs dahin abgeändert werden soll, daß die Fortzahlung des Gehalts auf sechs Wochen nicht mehr durch Vertrag ausgedrückt werden kann. Die Kommission, die zur Vorberatung der Vorlage eingesetzt wurde, hat sie noch verbessert durch die Bestimmung, daß dem Gehilfen auch das Krankengeld voll auszubehalten ist. Mit der Berichterstatterin betraute die Kommission den Abg. Schack. Von ihm glaubte man annehmen zu dürfen, daß er als Vorsitzender des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes für diese Materie ein ganz besonderes Interesse an den Tag legen, sich der übrigen geringen Arbeit mit Lust und Freude unterziehen und sie schnell erledigen würde. Leider hat Herr Schack das in ihn gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt. Obgleich seit der letzten Sitzung der Kommission schon mehr als sieben Wochen vergangen sind, ist über allen Wipfeln Ruhe. Und dabei hatte Herr Schack Zeit genug sich vorzubereiten, denn bereits in der ersten konstituierenden Sitzung vom 14. Januar ist er zum Berichterstatter ernannt worden.

Auch hieraus erhebt man wieder, wie „gut“ die Interessen der Handlungsangestellten bei der antisemitischen Leitung des Deutsch-nationalen Verbandes aufgehoben sind.

Der Reichstag

wird am kommenden Freitag bis nach Ostern vertagt werden.

Der „Zegen“ der Fahrkartensteuer.

Von all den verhehlten Steuererfindungen, aus denen sich die „Reichsfinanzreform“ von 1906 zusammensetzte, ist die Fahrkartensteuer die verhehlteste. Das wurde Sonnabend auch in der badischen Kammer wiederum bestätigt. Der Eisenbahnminister teilte mit, daß die badischen Eisenbahnen nach vorläufiger Berechnung 1907 eine Mindereinnahme von einer Million aus dem Personenverkehr aufweisen, trotzdem die Frequenz sich gesteigert habe. Der Ausfall sei auf die Personentarifreform und die Fahrkartensteuer zurückzuführen.

Wie du mir, so ich dir!

Von der dem Sprachenkompromiß zum Reichsvereinsgesetz feindlichen Presse wird jetzt mit besonderem Nachdruck auf eine Wirkung der geplanten Entrechtung der Ausländer hingewiesen, die bisher im Streite um diese Materie noch nicht genügend berücksichtigt worden ist. Es wird betont, daß das Gesetz umschlagen könnte zu einem schweren Schaden für die Deutschen im Ausland, die dort viel zahlreicher vertreten sind, als umgekehrt die fremdsprachigen Elemente in Deutschland. Abgesehen von Österreich und der Schweiz, gibt es im europäischen Auslande über vier Millionen Deutsche, und diese Zahl wächst auf über sieben Millionen, wenn man die überreichen Länder hinzurechnet. Alle diese Deutschen haben nun ebenso um die Erhaltung ihrer Eigenart und ihrer Sprache zu kämpfen, wie die fremdsprachigen Bevölkerungsteile von Deutschland, und, so schreibt die „Frankfurter Zeitung“, dieselben deutschen Nationalisten und Alldentsche, die den fremden Elementen bei uns alle Eigenart nehmen wollen, unterstützen unsere Stammesgenossen im Auslande. Das Blatt fährt dann weiter fort:

Sieht man aber gar nicht ein, daß hierin ein grober Widerspruch liegt, daß man das Deutschtum im Auslande durch Ausnahmestimmungen gegen Fremde im Deutschen

Reiche schwer schädigt? In Belgien z. B., wo 28 000 nur deutschsprechende Personen sind, wird das Deutsche außerdem in einigen Bezirken ganz überwiegend gesprochen, so in den Grenzprovinzen Lüttich und Luxemburg von 145 000 Personen, und deshalb ist angeregt worden, dort nur des Deutschen mächtige Strafrichter anzustellen. Glaubt jemand, daß ein deutsches Ausnahmerecht solchen Bestrebungen günstig ist? In Ungarn haben sich über 2 Millionen Deutsche der Magyarisierungsbefrebungen, in Rußland eine fast ebenso große Zahl der Russifizierungsbefrebungen zu erwehren. Ihnen wird durch das schlechte Beispiel Deutschlands ein böser Dienst erwiesen und die beste Stütze entzogen, und von einer moralischen Unterstützung der Rechte der Deutschen kann schon gar keine Rede mehr sein. Soll nun wirklich auf diese Dinge gar keine Rücksicht genommen werden.

All die einleuchtenden Argumente sind freilich beim Block in den Wind gesprochen, und neben den Chauvinisten, die ihren deutschen Schützlingen im Auslande so schlechten Dienst mit ihrer Fremdenhag erweisen, sind es die Freisinnigen, die unter Hochhaltung ihres beliebtesten Prinzips, des Prinzipienverrats, hier mitmachen.

Bilows Canoffgang.

Die „Tägliche Rundschau“, die für römische Angelegenheiten eine gute Witterung hat, bestätigt die Nachricht, daß Fürst Bilow bei einem etwaigen Osteraufenthalt in Rom dem Papst einen Besuch machen werde. Der deutsche Reichskanzler ist zwar ein Feind des sozialdemokratischen „Dogmas“ vom gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht, aber viel toleranter ist er gegen andere Dogmen, und es braucht gar nicht befürchtet zu werden, daß er dem großen Modernistenhaffer Pius X. einen Vortrag über Feitsche und Götzen halten könnte. Sondern er wird den gestrickten Pantoffel küssen und still wieder hingehen, woher er gekommen ist.

Bei den Wahlen von 1907 hat es Leute gegeben, die sich den Kampf gegen das Zentrum erheblich anders vorgestellt haben. Damals piffte man nachts um zwölf vor dem Kanzlerpalais und dem königlichen Schlosse auf Hausgeschlüssen und schrie „Nieder mit Rom“. Jetzt nimmt der geistige Urheber dieser nächtlichen Straßendemonstrationen Hut und Pilgerstab und wandert nach der heiligen Stadt, um Vergebung für seine Sünden wider das heilige Zentrum zu ersehen. Rom ist ja „ewig“, aber vergänglich ist der Block!

Zum Wahlrechtskühhandel in Sachsen.

Nach einer Meldung von freisinniger Seite ist zwischen nationalliberalen und der Mehrzahl der konservativen Landtagsabgeordneten ein Kompromiß auf folgender Grundlage beschlossen worden:

„Die Zahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer wird von 82 auf 97 erhöht, davon werden 15 von den Wählern, deren Einkommen 1200 Mk. nicht übersteigt, nach dem allgemeinen gleichen Wahlrecht unter Anwendung des Proportionalprinzips gewählt. Die übrigen 82 Abgeordneten werden nach einem Pluralwahlrecht mit drei Zusatzstimmen gewählt. Die Trennung in städtische und ländliche Wahlkreise wird beibehalten.“

Es wird abzuwarten sein, ob sich die Meldung bestätigt. Sicher ist, daß der Wahlrechtskühhandel schon seit längerer Zeit im Gange war. Die freisinnige Mitteilung klingt nicht unwahrscheinlich, zumal über das Pluralwahlrecht selbst schon vor Wochen ein Kompromiß zustande gekommen war.

Spanien.

Der Anarchist als Lockspiegel. In Barcelona findet seit mehreren Tagen ein Prozeß statt, der ein eigentümliches Licht auf die Bombenattentate wirft, die in letzter Zeit in Barcelona sich so gehäuft hatten. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß der Hauptangeklagte Rull städtischer Beamter in Barcelona war und dem früheren wie auch dem jetzigen Zivilgouverneur Spizeldienste leistete. Um sich Geld zu verschaffen, veranstaltete und enthielt er stets neue Attentate, Innerhalb fünf Monaten verdiente er so mehrere tausend Mark. Es hat sich eben wieder einmal die alte Erfahrung erwiesen, daß der Spiegel zum Lockspiegel wird, um bessere Geschäfte machen zu können.

Kürzlich mußte nun der als Zeuge vernommene Gouverneur von Barcelona gestehen, daß der verbrecherische Polizeispiegel Rull ihn wiederholt betrogen und von ihm Geld erpreßt hatte. Ein Geheimpolizist sagte aus, daß hinter Rull hochgestellte Persönlichkeiten gestanden hätten, welche er nicht näher bezeichnen könne. Der Prozeß enthüllt eben die grenzenlose Korruption der Behörden, als die Leichtgläubigkeit der anarchistischen Opfer des Polizeispiegels.

Portugal.

Blutige Wahlen. Bei den gestrigen Cortezwahlen fanden Zusammenstöße statt, die blutig verlaufen sind. Die Anzahl der Verwundeten und Getöteten läßt sich noch nicht angeben. Bisher wurde festgestellt, daß drei Personen getötet und zwölf verwundet wurden.

Finnland.

Ein Gewaltakt Rußlands. Der Zar hat ein Manifest erlassen, durch das der finnländische Landtag am 6. d. M. aufgelöst wird. Die Neuwahlen sollen am 1. Juli stattfinden und der neue Landtag am 1. August zusammentreten. — Durch diesen Gewaltakt wird der Zar zweifellos das Gegenteil von dem erreichen, was er bezwecken wollte.

England.

Der Ministerpräsident Campbell-Bannerman hat seine Demission eingereicht. Grund: Andauernde Erkrankung. Das Präsidium ist dem Schatzkanzler Asquith angeboten worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 6. April.
Achtung, Metallarbeiter! Zugang von Drahtspinnern und Helfern nach Lübeck ist streng fernzuhalten, da bei der Firma Wllh. Köpp und Co., Katharinenstraße, ein Streik ausgedroht ist.
Sämtliche organisierten Schuhmacher sind ab 1. April in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Achtung, Tapezierer! über die Firma Fr. Schramm Mühlenstraße, ist die Sperre verhängt worden. Wir bitten das zu beachten.

In den Streik eingetreten sind die Steinseher, Kammer und Stiffsarbeiter in Lübeck, weil die Unternehmer ihnen nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt haben. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Achtung Maurer! über sämtliche Putzarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbureaus, Firma Görner und Heidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperre verhängt. — Der Zugang von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Zugang nach der Gredesmühlener Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zugang von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Arbeitsruhe am 1. Mai. Die organisierten Tapezierer haben einstimmig beschlossen, auch in diesem Jahre den 1. Mai zu feiern, und gefestigt durch die Lohnbewegung, sich gelobt, Mann für Mann am Demonstrationszug teilzunehmen.

Der Verleumdungsstreik gegen die Sozialdemokratie der eine kurze Zeilang vom Amtsblatt wenn auch nicht aufgehoben, so doch wesentlich eingeschränkt worden war, scheint jetzt wieder im vollen Umfange aufgenommen werden zu sollen. So konnte man in der Freitag-Abendausgabe dieses behördlichen Organs wieder eine Notiz finden, deren Charakter schon durch die verheißungsvolle Stichmarke „Die Genossen in der Schlachtere“ angedeutet wurde. In derselben wird behauptet, daß eine Schlachtere des Produktionsvereins Gube polizeilich geschlossen werden mußte, weil ihre sozialdemokratische Leitung gutes Fleisch nicht von verkauften untercheiden konnte. Zum Schluß heißt es: „Diese Schlachtere eröffnet keine vertrauensvolle Perspektive für den Zukunftsstaat.“ Dem Amtsblatt ist es natürlich nur um eine Verleumdung der Sozialdemokratie zu tun; das beweist schon die Tatsache, daß man jetzt mit dieser zu dem beabsichtigten trüben Zweck zurechtgefunden Meldung kommt, obwohl der „Volksbote“ bereits am 24. März wahrheitsgemäß über die Sache berichtet und hinzusetzte: „Die bürgerliche Presse versucht, den Fall auszufächeln gegen die Konsumvereine überhaupt und die Vereine, die an die Großeinkaufsgesellschaft angeschlossen sind, im besonderen. Es ist deshalb notwendig, zu betonen, daß der Verein dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine nicht angeschlossen ist. Damit soll selbstverständlich nicht die Nachlässigkeit an sich in Schutz genommen werden. Alle Körperschaften und Organisationen, die dem Gemeinwohl dienen und die von Arbeitern verwaltet werden, sollen und müssen sich peinlich davor hüten, daß Abteilungen einreisen und Nachlässigkeiten vorkommen, die den Gegnern begründeten Anlaß zu Angriffen bieten können.“ Trotzdem sucht das Amtsblatt jetzt unsere Partei, die mit dem Konsumverein Guba in absolut keiner Verbindung steht, durch einen Hinweis auf den nicht zu billigen Vorfall zu verleumden. Wir möchten einmal die Enttäuschung sehen, die entfallen würde, wenn wir die nationalliberale Partei dafür verantwortlich machen wollten, daß beispielsweise kürzlich ein nationalliberaler Fabrikant Syrup verkaufte, in dem eine in Verwesung befindliche Käse gewesen war oder wenn wir die wiederholt vorgekommenen Schweinereien in Schlachtereien und Bäckereien, die guten Patrioten gehörten, den bürgerlichen Parteien in die Schuhe schieben wollten. Das fällt uns natürlich nicht ein; um so zu handeln, muß man schon mindestens nationalliberal sein.

Der Beschluß der Wahlprüfungskommission, durch welchen die Wahl unseres Genossen Schwarz einstimmig für gültig erklärt worden ist, hat bei den „vereinigten bürgerlichen Parteien“ anscheinend wenig Freude erregt. Besonders der „Landbote“ ist durchaus nicht befriedigt von dem Verhalten der Kommission; er schüttet deshalb die Schale seines Zornes über den Referenten Dr. Neumann-Hofer aus, indem er folgendes schreibt:

„Herr Geyer hat zur Aufklärung eine Umfrage bei den im Protest namhaft gemachten Personen veranstaltet, 74 haben ihm geantwortet. Hat Herr Dr. Neumann-Hofer in Lübeck auch irgend welche Erkundigungen eingezoogen, hat er direkt auch nur eine einzige Information aus dem Wahlkreise Lübeck eingeholt? Selbst der hiesigen Freis. Vereinigung, also der Partei, zu deren Parlamentariern Dr. Neumann-Hofer sich zählt, ist auch nicht das mindeste davon bekannt geworden. Wir wollen keine Schlüsse ziehen, aber die Beziehungen Lübecks zu Dr. Neumann-Hofer sind eigenartig. Vor der Kandidatur Klein verlangte die hiesige Freis. Volkspartei, daß Dr. Neumann-Hofer, der 1907 der einzige war, der in einen Wahlkreis der Bruderpartei einbrach, seine Quertreibeien lasse und zugunsten des freisinnigen Volksparteilers Meier Jobst zurücktrete. Damals hieß es, Dr. Neumann-Hofer ist nur Hospitant der Freis. Vereinigung, wir können nichts gegen ihn ausrichten!“

Uns soll nicht wundern, wenn die „vereinigten bürgerlichen Parteien“ hieraus den Anlaß nehmen zu dem begründeten Verdacht, daß Dr. Neumann-Hofer und die übrigen Kommissionsmitglieder die Wahl unseres Genossen Schwarz nur ihnen zum Trost nicht umgestoßen haben. Übrigens scheinen die Angaben des Wahlprotokolls, nach welchem ohne irgend welchen Grund zahlreiche Wähler des Betruges bezichtigt wurden, nicht nur von sozialdemokratischer Seite einer Nachprüfung unterzogen zu sein, denn wie uns bereits vor längerer Zeit mitgeteilt worden ist, wurde eine ganze Anzahl der fälschlich Beschuldigten amtlich über ihre Teilnahme an der Wahl vernommen. Ob das auf Betreiben des Abgeordneten Neumann-Hofer zurückzuführen ist, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis. Der „Landbote“ nennt unsere Kennzeichnung des Vorgehens der „vereinigten bürgerlichen Parteien“, die sich nicht entblödeten, von einem „systematischen Vorgehen der Sozialdemokratie“ zu fassen, eine derbe Schimpferei. Mag er das tun. Wir glauben gern, daß der Freisinn es ohne einen Wackler einsteht, wenn man ihm Wahlmogelei vorwerfen würde; Charakter besitzt diese Partei nicht mehr, wie die Haltung derselben bei der gegenwärtigen Durchpeitschung des Vereinsgesetzes beweist. Sonderbar ist die Logik des „Landboten“, nach welcher, weil einige vereinzelte Fälle vorliegen — die mit dem Wahlprotokoll und mit der Sozialdemokratie gar nichts zu tun haben —, in denen Leute versucht haben, für andere zu wählen, die Sozialdemokratie die niederträchtigen und verleumderischen Anschuldigungen des Zentralwahlkomitees der vereinigten bürgerlichen Parteien nicht als das kennzeichnen dürfte, was sie sind.

Doppelt gelogen zieht besser — Ein neuer Trick der Reichsverbandspresse. Wir haben schon mehrfach beobachtet, daß einige hiesige bürgerliche Blätter, wenn eine Lüge, die sie ihren Lesern über die Sozialdemokratie oder irgend

welche Zweige der Arbeiterbewegung aufgetischt hatten, von der Arbeiterpresse widerlegt war, nach einiger Zeit mit derselben Energie noch einmal aufzutreten. Das ist ein neuer Versuch des faulsten Geschichters. Man will seine Leser glauben machen: die Geschichte muß doch wahr sein. Heute liegt wieder ein dritter Fall vor. Es wurden vor einiger Zeit nach einer objektiven Zusammenstellung des vom Statistischen Amt herausgegebenen Reichsarbeitsblattes Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen des Zentralverbandes gebracht, die dartun sollen, daß dort wahre Hungerlöhne gezahlt werden. Die Notiz, die die Statistische Zentralverwaltung als Arbeitgeber trägt, wird jetzt vom „Landboten“ wiedergefäht; sie endet mit den Worten: Diese Statistik bestätigt, wie der „Gewerkverein“ mit Recht ausführt, wieder die alte Erfahrung: „Wo die Sozialdemokraten Arbeitgeber sind, ist ihr Lohn nach hohen Dividenden noch weit größer als bei der Mehrheit der bürgerlichen Unternehmer. Unter den profitlichen Unternehmern stehen die sozialdemokratischen jedenfalls in der ersten Reihe.“ Wir haben schon vor ein paar Monaten den heillosen Unfug der Notiz und ihre verleumderischen Zwecke aufgezeigt. Wollen aber nochmals in wenigen Worten das Nötige sagen: 1. Die Sozialdemokratie hat mit den Konsumvereinen genau so wenig zu tun wie die Nationalliberalen. 2. Die in der Notiz aufgeführten Zahlen sind fünf Jahre alt. 3. Die Statistik rührt vom Zentralverbande der Konsumvereine selbst her. 4. Sie ist lediglich zu dem Zwecke aufgemacht, um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen zu bessern. 5. Solche Besserung in sehr erheblichem Maße ist inzwischen eingetreten. Wir sind überzeugt, daß auch diese neuerliche Festschreibung den „Landboten“ nicht veranlassen wird, seine verleumderische Notiz zurückzunehmen. Gerade so wie er es verschweigt, daß in den Orten, in denen die Konsumvereine einstweilen die aufgeführten niedrigen Löhne zahlten, die Privatunternehmer für gleiche Arbeitsleistungen noch niedrigere Löhne zahlen. Der „Landbote“ will eben verleumden, und da paßt ihm natürlich die Wahrheit nicht in den Kram.

Zum Ausstand der Steinseher, Hammer und Berufs-genossen. Der Frühling kommt! In den Streik getreten sind die organisierten Steinseher, Hammer und Hilfsarbeiter Lübeck's! Diese gewiß geistreich sein sollende Betrachtung teilt ein Hamburger Blatt seinen Lesern mit. Der Zweck dieser Notiz soll aber nur der sein, den Arbeitern eins auszuwichen. Es soll damit dokumentiert werden, daß die Arbeiter im Frühjahr voll Streiklust sind. In Wirklichkeit ist bei den organisierten Steinsehern und Berufsgegnossen stets das Prinzip hochgehalten worden, wenn irgend möglich auf gutem Wege die Lohnbewegung zur Durchführung zu bringen. Wenn nun diesmal die Arbeiter geschlossen in den Streik traten, so liegt das nur allein an den Unternehmern. Aber den neu aufgestellten Lohnsatz fand bei den Unternehmern keine Aussprache statt. Wie die Kommission darauf aufmerksam machte, erklärte ein Meister sogar: „Wir wollen auch nichts bezwecken.“ Es war also gleich von vornherein klar, daß die Unternehmer eine Machtprobe wollten. Wenn trotzdem immer wieder Unterhandlungen unsererseits beantragt wurden, so beweist das, daß wir keine Kalamität heraufbeschwören wollten, wodurch die Einwohner Lübeck's, sowie die Fuhrwerke und Passanten der aufgerissenen Straßen zu leiden haben. In einem Schreiben, welches die Unternehmer an die Lohnkommission richteten, heißt es: „Vom Staat und den anderen Innungen wird uns mitgeteilt, daß wir die höchsten Löhne zahlen. Wir fragen, wenn das wahr wäre, wo kommen dann die niedrigen Jahreslöhne unserer Berufsgegnossen her, die sich in der Höhe von 900—1000 Mk. bewegen. Nun bleibt die Frage offen: können wir von dem bisherigen Verdienst so leben, wie die schwere Arbeit es gebietet? Und da wir das infolge der teuren Lebensverhältnisse nicht können, darum fordern wir für Steinseher 70 Pfg., Hammer und Hilfsarbeiter 60 resp. 55 Pfg. Das ist ein Mehr von 5 Pfg. für erstere, für letztere von 10 Pfg. Wir meinen, daß dies eine Forderung ist, die bei einigermaßen gutem Willen erfüllt werden könnte, wenn man bedenkt, daß gerade die Steinseher unter den Witterungseinflüssen am schwersten zu leiden haben. Die Unternehmer selber wagen in dem betreffenden Brief nicht zu sagen, daß wir die höchsten Löhne bekommen. Unser Kampf richtet sich demzufolge nicht nur gegen unsere Unternehmer; sondern der Staat und die anderen Innungen scheinen demnach unsere größten Gegner zu sein. Hat nun die Einwohnerchaft Lübeck's ein Interesse daran, die Arbeiter, welche für die Allgemeinheit arbeiten, schlecht zu entlohnen? Wenn sich nun die Einwohner und die Passanten der aufgerissenen Straßen in keiner beneidenswerten Lage befinden, so trägt in erster Linie der Staat die Schuld. Derselbe soll im Interesse der Allgemeinheit dergleichen Streiffragen zu schlichten suchen, er muß unparteiisch sein und sich nicht auf die Seite der Unternehmer stellen. Wir haben fernerzeit eine Eingabe an Senat, die Bürgerschaft und der Landdeputation gemacht, betreffend Tarifverträge im Steinsehergewerbe. Die bezeichneten Körperschaften scheinen aber nicht die nötige Lehre daraus gezogen zu haben.

Zur Lohnbewegung im Schuhmachergewerbe. Außer den bereits bekanntgegebenen Firmen haben noch folgende Arbeitgeber die Forderungen der Gehilfen bewilligt: Lübenann, Meierstraße 29; Kracht, Große Burgstraße; Muffeld, Arnimstraße. Zwischen Penning, Sadowstraße, und seinem Gehilfen ist es zu einer Einigung gekommen. Die Maßregelung findet statt.

Zu einer Arbeitseinstellung kam es am Sonnabend mittag bei dem Schulhausneubau Prokesstraße. Die mit den Betonarbeiten beschäftigten Leute legten die Arbeit nieder, weil die ihnen zuteil gewordene Behandlung eine solche war, daß sie dieselbe nicht länger ertragen konnten. Zu einer Aussprache mit dem Polter Dulsky über die Sache kam es nicht, da derselbe jegliche Verhandlung mit den Arbeitern ablehnte.

Die Kutscher der Firma Wigger, Sachswestraße 5, haben gestern sämtlich ihre Kündigung eingereicht, weil Herr Wigger trotz Anerkennung des Tarifes sich weigert, die festgesetzten Lohnsätze zu zahlen. Kein Kutscher und rechtlich denkender Arbeiter darf bei obgenannter Firma Arbeit annehmen.

Der Zentralverband Deutscher Reeder richtete hier ein Feuerbureau ein, das gemäß Vereinbarung den gesamten Bedarf an Mannschaften aller Chargen für alle Lübecker und ausländische regelmäßige Fahrten nach hier unterhaltende Reedereien besorgt. Alle Privat-Feuerbureau wurden aufgehoben. So berichtet der „Hamb. Corr.“ Man wird abwarten müssen, ob der Zentralverband Deutscher Reeder mit seinem Feuerbureau nicht besondere Absichten verbirgt. Daß man aus purer Arbeiterfreundlichkeit ein Feuerbureau errichtet, ist schwerlich anzunehmen.

Revision der Maße, Gewichte und Wagen. Das Polizeiamt bringt zur allgemeinen Kenntnis, daß im Monat Mai eine technische Revision der Maße, Gewichte und Wagen durch den Eichmeister in der westlichen Hälfte der inneren Stadt (Marien- und Marien-Magdalenenquartier) vorgenommen werden wird.

Stapelkauf. Am Sonnabend nachmittag 3 1/2 Uhr lief auf der Kochschen Schiffswerft der letzte der bestellten Dampfer

vom Stapel. Das von der Lübeck-Rönigsberger Dampfschiffahrts-Gesellschaft in Auftrag gegebene Schiff erhielt den Namen „Anneliese“. Es ist 1800 Tons groß und besitzt bei einem mittleren Tiefgang von 18' 4" eine Tragfähigkeit von 810 Tons. Die Ausmessungen sind folgende: Länge zwischen den Perpendikeln 180' engl., Breite 27' engl., Tiefe an der Seite bis Hauptdeck 14' 8" engl. und Höhe des Poppeckes und der Back 7' engl. Eine Compound-Schraubenschiffsmaschine von 300 Pferdekraften wird dem Dampfer eine Geschwindigkeit von 10 Knoten per Stunde geben. „Anneliese“ wird wahrscheinlich in der zweiten Hälfte dieses Monats zur Abreise gelangen.

Kontrollversammlungen im Restaurant Pockenhof. Am Dienstag, den 7. April 1908, vorm. 9 Uhr für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklassen 1905, 1906 und 1907 sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie. Am Dienstag, den 7. April 1908, vorm. 11 Uhr für sämtliche Mannschaften der Spezialwaffen der Jahresklassen 1895 und 1896. Zu den Spezialwaffen gehören: Jäger, Maschinengewehrtruppen, Kavallerie, Feldartillerie, Fuhrartillerie, Pioniere, Eisenbahn, Telegraphen- und Luftschiffertruppen, Trainaufsichtspersonal, Traingemeine, Trainсолдаты, Pferdewärter, Militärbäcker, Krankenträger, Unterärzte, Sanitätsmannschaften, Krankenwärter, Geistliche, Unter- und Militärärzte, Interventivärzte, Fahnen- und Beschlagschmiede, Bleichschmiedehilfen, Waffenmeistergehilfen, Unterzahnmeister, Zahnmeisterassistenten, Ökonomehandwerker und Arbeitsсолдаты.

Ein zwölfjähriges Kind stand am Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer und zwar hatte es sich wegen Diebstahls und Entschlüsselung zu verantworten. Das Kind, ein aufgewecktes Mädchen, konnte eben über die Brüstung vor der Anklagebank hinwegsehen. Die Anklage geht dahin, daß die Kleine einer neben ihr sitzenden Schülerin 50 Pf. aus der Tasche des Unterrichts und einem anderen 10jährigen Mädchen ein Portemonnaie mit 10,50 Mk. aus einer Handtasche entwendet haben soll. Weiter wird ihr zur Last gelegt, daß sie 5 Pf. für die sie einem anderen Kind von Bonbons kaufen sollte, zu unterschlagen versucht hätte. Das Schöffengericht hat das Kind zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt, weil dasselbe vor den Polizeibeamten die Straftaten eingestanden hat. Vor der Strafkammer betonte die kleine Angeklagte, sie habe die Diebstähle nicht begangen und sie habe nur gestanden, weil ihr auf der Polizei gedroht worden sei, wenn sie nicht gestehe, müsse sie sitzen bis sie schwarz werde und würde ins rauhe Haus kommen. Die Polizeibeamten bestritten unter Eid auf das entschiedenste, durch Drohungen auf das Kind eingewirkt zu haben. Die Strafkammer kam zur Verwerfung der gegen das schöffengerichtliche Urteil eingelegten Berufung, doch wurde die bedingte Begnadigung in Aussicht gestellt. Es wird auch wohl schwerlich jemand geben, der das Gefängnis als Besserungsanstalt für ein 12jähriges Kind ansehen wird.

Eine folgenschwere Explosion, durch die leider zwei Arbeiter getötet, ein Vorarbeiter schwer und ein Arbeiter leicht verletzt worden sind, fand am Sonnabend nachmittag auf dem Hochofenwerk statt. Die zwei Getöteten waren bei der Kokerei beschäftigt. Das dabei gewonnene Gas wird in zwei Leitungen zum Hochofen geleitet, doch bleibt die eine oder die andere Leitung immer außer Betrieb, weil nur dadurch eine gleichmäßige Befuerung der Hochöfen möglich ist. Die beiden Arbeiter Marko und Mudyang, beides Galizier, wollten nun, ohne daß sie dazu beauftragt waren, die Leitung umschalten. Dabei bemerkten sie, daß ein Sicherheitsventil undicht war. Sie gingen nun dabei, dieses Ventil zu dichten, verärgerten aber, die Gaszuführung nach den Hochöfen abzuschließen. Durch dieses Versehen erfolgte eine Explosion der Gase, wobei die genannten Arbeiter, die beide verheiratet sind, ihr Leben einbüßten.

Im Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde fand am 2. d. Mts. ein sehr gut besuchter Vortrag des Herrn Schirmmeister aus Berlin über das Licht- und Luftbad statt. Der Redner schilderte zunächst die Wirkung von Licht und Luft auf den menschlichen Körper, insbesondere den Einfluß auf Lunge und Haut und stellte die meisten Krankheiten wie Schwunducht, Bleichucht und Nervosität als Folgen des Luftmangels und der gelähmten Funktionen der Atmung, wie sie gerade bei den Stubenhochern vorkommt, dar. Weiter erörterte Herr Schirmmeister auch den Einfluß auf die Ausscheidungsorgane der inneren Organe. Im weiteren Verlaufe seines äußerst lehrreichen Vortrages zeigte der Redner die gegenwärtige Kurform des Licht- und Luftbades für das gesamte Volk, da es nicht nur dem Kranken in vielen Fällen die Gesundheit, sondern auch das seelische Gleichgewicht wieder zurückgibt und weiter ein Erziehungsmittel allerersten Ranges sei, und ferner die Widerstandsfähigkeit des ganzen Volkes erhöhe, aus welchem Grunde die Errichtung von Licht- und Luftbädern eine Einrichtung der Gemeinden sein müsse, damit das Baden im Licht- und Luftbad Gemeingut eines jeden sein könne. Im zweiten Teile seines Vortrages erklärte der Redner an der Hand von Lichtbildern die Einrichtung von Licht- und Luftbädern. Reichlich Beifall wurde dem Vortragenden zuteil.

Stadttheater-Propositorium. Aus dem Theater-Bureau wird uns geschrieben: Eine hier noch nicht gehörte Oper gelangt Dienstag zur Aufführung und zwar „Die drei Pintos“ von Carl Maria von Weber. Wie bekannt, war es Weber selbst nicht vergönnt, die Oper zu vollenden; aus seinem Nachlasse jedoch ist sie von seinem Enkel dem Freiherrn C. M. v. Weber unter Beihilfe des Hofoperndirektors Gustav Mahler herausgegeben. Wegen des nahen Saison-schlusses kann eine Wiederholung der Oper nicht stattfinden. Mittwoch wird eine einmalige volkstümliche Operetten-Vorstellung veranstaltet wobei „Die lustige Witwe“ zur Aufführung gelangt. Logen kosten 1 Mk. I. Parkett 75 Pfg. alle übrigen Plätze 50 Pfg. Freitag geht zum Ehrenabend des Kapellmeisters Hermann Abendroth „Melina oder Ein Wasteball“ von Verdi in Szene, es ist dies der letzte Operabend der Spielzeit.

Schwartau. Gemeinderats-sitzung. Einem Antrag auf Ermäßigung der Hundsteuer für einen hiesigen Hundezüchter wurde stattgegeben. Es ist dies gesetzlich zulässig, soweit die Hundsteuer in log. Zwingern gehalten werden. Es soll in Zukunft 1,50 Mk. pro Hund bezahlt werden. Die Kurtag in Betrage von 2000 Mk. wurde dem Verschönerungsverein und dem hiesigen Fremdenverein je zur Hälfte für Verbesserung der Waldwege usw. überwiesen. Der Baukommission wurden die Mitglieder des Gemeinderats Jäncke und Sohneyr beigeordnet, um eine Änderung der Bauordnung vorzubereiten. Der Vertrag, betreffend Errichtung eines Wasserwerks wurde nochmals einer Besprechung unterzogen und verschiedene Monits vorgebracht. Es soll nun auf Grund dieser Besprechung nochmals mit der Firma in Unterhandlung getreten werden. Es soll namentlich der Preis für das zu liefernde Wasser, besonders im Arbeiterviertel, heruntergesetzt werden. Von unsern Genossen wurde auch zur Sprache gebracht, beim Bau des Wasserwerks in alterer Zeit hiesige Arbeiter zu den hier üblichen Löhnen zu beschäftigen und nicht nach dem Muster Lübeck's zu verfahren. Der Gemeinderat stimmte dem zu. Die letzten Punkte Steuererlassen wurden einigen Steuerzahlern, die darum nachsuchten, die Steuern erlassen.

Schwartau. Fahnenweihe. Die am gestrigen Sonntag abend im Gasthof Transvaal stattgefundene Fahnenweihe des hiesigen Fabrikarbeiterverbandes erfreute sich eines außerordentlich guten Besuches. Die Festrede hielt der Kollege Kadben-Lübeck. Derselbe wies auf die Bedeutung des Fabrikarbeiterverbandes für den hiesigen Ort hin und wurde hierauf die Hülle von der Fahne genommen mit dem Wunsche, dieselbe allezeit in Ehren zu halten. Der übrige Teil des Abends wurde durch Musikstücke und humoristische Vorträge ausgefüllt. Eine in der Festversammlung zirkulierende Sammelliste zugunsten der Frau eines vom Unglück betroffenen Parteigenossen ergab die Summe von 58 Mk. Gemiß ein schönes Zeichen von Solidarität.

Schwartau. Eine Volksversammlung findet am morgigen Dienstag abend 8 1/2 Uhr im Gasthof „Transvaal“ statt. Frau Dr. Schlomer wird über „Die Frau und die Politik“ sprechen. Da das zur Verhandlung stehende Thema zurzeit äußerst aktuell ist und hierdurch die Frauen in das politische Gebiet eingeführt werden sollen, werden diese sowie auch die Mädchen besonders ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Ahrensböck. Hier in Ahrensböck und Umgegend haben wir jetzt und auch noch den ganzen Sommer hindurch eine sehr gute Baukonjunktur, da wir aber ja im allgemeinen in Deutschland eine sehr saure Baukonjunktur haben, ist selbstverständlich der Zugang ein sehr starker. Dieses Angebot von reichlichen Arbeitskräften ruht nun der Unternehmer Paul Wittern-Ahrensböck, welcher die meiste Arbeit in hiesiger Gegend hat, in starkem Maße aus, wie er es schon vor Jahren im Ostseebad Haffstrug machte. Zu kurzer Zeit hat Wittern schon 23 fremde Kollegen auf die Straße geworfen. Vor einigen Tagen hat er erst wieder 7 Kollegen entlassen, wahrscheinlich weil sie wegen Regen eine halbe Stunde in der Bude gefressen hatten; er ließ erstmal diesen Tag garnicht mehr arbeiten, dann wurde angefragt, ob sie am anderen Morgen wieder anfangen könnten; darauf wurde ihnen erwidert, sie könnten morgen wieder kommen, wenn das Wetter gut wäre. Die Kollegen kamen dann nichtsahnend zur Arbeit, statt aber die Kelle in die Hand nehmen zu können, wurde ihnen Karte, Fremdzettel und Geld in die Hand gegeben. So muß der Unternehmer Wittern die Lage im Baugewerbe aus. In dieser Zeit braucht man nur einen falschen Griff zu machen und man muß sich gewärtig sein, auf die Straße zu fliegen. Da hier keine Kündigung besteht, steht es dem Unternehmer ja allerdings frei, einzustellen und zu entlassen, so viel er will, weil man hier durch Bauperven nicht vorgehen kann.

Hamburg. Die Landschaftsgärtner befinden sich in einer Lohnbewegung, um den im vorigen Jahre erkämpften Lohnsatz auf der ganzen Linie durchzuführen. Der 50 Pfg.-Stundenlohn ist fast überall eingeführt; es kommen nur wenig Firmen in Frage, welche unter diesem bezahlen. Ein ganzer Teil Arbeitgeber weigert sich aber, für Abendstunden- und Sonntagsarbeit 60 Pfg. zu bezahlen, und andere wieder, hauptsächlich in den Elbdörfern, das Geschirr für ihre Leute zu stellen. Bedauerlich ist es, daß sogar organisierte Arbeiter unseren Tarif nicht beachten und unter demselben arbeiten. Ein Unterschied im Minimallohn zwischen Gärtnern und Arbeitern gibt es nicht; derselbe beträgt 50 pro Stunde. Das Geschirr, auch Messer und Rahmenschere, hat der Arbeitgeber zu stellen. Wir ersuchen die Bau- und Erdbauer, wenn sie beim Landschaftsgärtner anfangen, ihr Geschirr, wie Schaufel und Spaten zu Hause zu lassen. Folgende Firmen wollen kein Geschirr liefern: Schnadenberg u. Siebold, Jürgens, Schnadenberg u. Schöne. Die Gehilfen der Handelsgärtnerereien in Hamburg befinden sich in einer Bewegung, um den Minimallohn von 28 Mk. pro Woche (mit Wohnung 21 Mk.) durchzuführen. Außerdem soll jeder zweite Sonntag gänzlich frei sein und an Sonntagen sollen von den Diensthabenden nur die naturnotwendigen Arbeiten, wie Beden, Lüften, Schattieren, Spritzen und Heizen verrichtet werden. Den schlechten Wohnungsverhältnissen soll ein besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Hamburg. Von der Maisfeier. In der Delegiertenversammlung der Landesorganisation der Sozialdemokratie Hamburgs am Donnerstag abend wurde vom Genossen Heinrich Stubbe mitgeteilt, daß die beantragte Genehmigung zur Aufstellung des sozialdemokratischen Demonstrationszuges auf dem Heiligengefäß oder auf der Moorweide oder an der Alster von der Polizeibehörde mit der Begründung, daß Verkehrsstörungen zu befürchten seien, nicht erteilt worden sei, daß also der Zug diesmal ausfallen müsse. Vom Referenten wurde darauf hingewiesen, daß man sich in den letzten Jahren mit engen Straßen zur Aufstellung habe begnügen müssen, weshalb man diesmal andere Vorschläge gemacht habe. Ein Antrag zur Aufstellung an der Koppel ist demnach nicht eingereicht worden. Die Parteileitung schlug vor: Am 1. Mai soll möglichst überall die Arbeit ruhen. Vormittags sollen die Gewerkschaften Versammlungen abhalten. Marktkarten kosten für Männer 30 Pfg., für Frauen 20 Pfg. Die Festzeitung ist mit 10 Pfg. zu bezahlen.

Hamburg. Streik der Marmorarbeiter in Hamburg, Altona und Wandsbek. Die Marmorarbeiter Hamburgs hatten bereits im Januar der Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereinen und Betrieben einen neuen Lohnsatz unterbreitet, der in seinen Hauptpunkten die 8 1/2-stündige Arbeitszeit und eine Lohnzulage von 10 Pfg. die Stunde festsetzt. Nach nachmaligen Vorstellungen von Arbeitnehmerseite fand endlich eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zwecks mündlicher Beratung der Tarifvorlage am 19. März statt. Hierbei wurde kein endgültiges Resultat erzielt, jedoch erklärten die Arbeitgeber, ihre weiteren Beschlüsse würden erfolgen. Erst am 30. März traf ein in den Hauptpunkten völlig ablehnendes Schreiben ein, das unterzeichnet war: Vereinigung der am Baugewerbe beteiligten Innungen, Vereine und Betriebe. Hierzu nahm eine zahlreich besuchte Versammlung der Marmorarbeiter Stellung. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher die Antwort der Arbeitgeber als schlechter Scherz und durch nichts gerechtfertigt erklärt wurde. Ein nochmaliges Vorklagewerden der Lohnkommission war vergeblich und so beschloß eine weitere zahlreich besuchte Versammlung die sofortige Arbeitsniederlegung.

Billwärder. Ein grauenhafter Todesfall. Sonnabend nachmittag fiel ein in Schiffbeck wohnender Arbeiter, der im Walzwerk in Billwärder in Arbeit stand, in einen Behälter mit flüssigem Metall. Man konnte nur die entsehrlich verbrannte Leiche (Kopf und Oberkörper sind verkohlt) aus dem Gefäß ziehen. Die Leiche kam dann ins Hamburger Hafenkrankenhaus.

Kiel. Über Bord gefallen und ertrunken ist Donnerstag abend im Kriegshafen der Torpedomatrose Gröschlha vom Kreuzer „Königsberg“. Der Mann fiel aus einem Ankerboot und war trotz aller Rettungsversuche, die sofort angefordert wurden, nicht zu bergen.

Verantwortlich für die Kubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schwartau, Friedrichstr. 10. Sämtlich in Lübeck.

Fröhliche Ostern

mit Festtagsbraten und Kuchen kann trotz der hohen Butter-Preise jede Familie feiern, wenn zur Herstellung der Speisen

Siegerin -Margarine, die von Naturbutter nicht zu unterscheiden ist, oder

Mohra -Margarine der beste

Butter -Ersatz der Gegenwart genommen wird.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Aktiengesellschaft, Altona-Bahrenfeld.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgegend, speziell der St. Lorenz-Vorstadt und der Landbevölkerung zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen Tage die

Hansa-Drogerie von Herrn Hans Fock käuflich übernommen habe.

Ich werde bei stets reeller Bedienung zu den billigsten Konkurrenzpreisen nur die besten Waren führen. Hochachtungsvoll

Bruno Tolkmitt Hans Fock Nachf.

Drogen, Farben, Tapeten, Parfümerien en gros & en detail.

Zur Konfirmation

empfehlen

Gratulationskarten in reicher Auswahl

sowie **Lübecker Gesangbücher.**

Friedr. Meyer & Co., Buchhandlung,

Johannisstraße 46.

Sterbekasse „Fidelitas“

für Männer und Frauen.

Ordentliche

Generalversammlung

am Montag, den 13. April

abends 9 Uhr

in den Zentralhallen (W. Borgwardt).

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom verfloßenen Halbjahr.

2. Vorstandswahl laut § 12.

3. Verschiedenes.

Recht zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.

Der Vorstand.

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands

(Zahlstelle Lübeck)

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 8. April

abends 9 Uhr

im Saale des Herrn Schröder, Lederstraße.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Bericht von der Konferenz in Hamburg.

3. Streifbericht.

Um vollständiges Erscheinen aller Kollegen ersucht.

Die Ortsverwaltung.

Metropol-Theater

Lübeck, Ecke Breite- u. Huxstraße.

Vornehmstes und schönstes Stablfiment

lebender, sprechender

und

singend. Photographien

Diese Woche das wunderbar ausgeführte geschichtliche Drama

Francesca da Rimini

die Tochter des Guido da Polenta, Herr von Ravenna, wurde von ihrem Vater zur Besiegelung der Aussöhnung zwischen den Geschlechtern Polenta und Rimini gegen ihren Willen an den verwachsenen Giancotto Malatesto Rimini verheiratet; von diesem aber wegen ihrer Zuneigung zu dessen Stiefbruder, dem schönen und lebenswürdigen Paolo, samt letzterem zu Rimini im Jahre 1257 ermordet.

Eine Hochzeit auf dem Lande
belehrende Studie.

Das falsche Fünfmärkstück
spannend bis zum Schuss.

Die Herrschaft sucht Dienstmädchen
hochkomisch.

Erbschaft der Jungfer
humoristisch.

≡ Neger-Cake-Walk ≡
Original-Tonbild.

Nehmen Sie die Kiste fort
humoristisches Tonbild.

sowie

täglich Konzert.

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei Paul Flemming finden Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sicherste Gewähr für reinste, bestmögliche und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird.

Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei Engelsgrube 62.

Elmerbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6-8 Uhr.

Lübeck, Central-Hallen (W. Borgwardt).

Mittwoch, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr:

Großer wissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag, nur für Damen.

Fräulein Minna Kube, Privatgelehrte aus Charlottenburg, Schülerin des Dr. Thure-Brandt, Dr. G. Schulze, Dr. Jablonowsky (weiland), 1. Assistent am Königl. Anatomischen Institut Berlin, spricht über:

Wie erhalten wir uns gesunde, glückliche und schöne Frauen? Wie werde ich schön? Wie schaffen wir für das Deutsche Vaterland einen kräftigen, gesunden Nachwuchs?

Donnerstag, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr:

Großer wissenschaftlicher Lichtbilder-Vortrag, nur für Damen.

Fräulein Minna Kube, Privatgelehrte aus Charlottenburg, Schülerin des Dr. Thure-Brandt, Dr. G. Schulze, Dr. Jablonowsky (weiland), 1. Assistent am Königl. Anatomischen Institut Berlin, spricht über:

Warum sind so viele Frauen unglücklich? 1. Durch schwere und zu viele Geburten! (Zangen Geburten, Querlagen, Steißgeburten, Fehlgewürten, Zangenoperationen, Bauchhöhlen- und Eileiterschwangerchaften).

Freitag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr:

Herren-Vortrag mit Lichtbildern.

Referent Friedrich Frick (chirurgisch und medizinisch ausgebildet bei den Herren Geh. Medizinalrat Ebstein, Prof. Dr. Geh. Medizinalrat Braun, Prof. Dr. Geh. Medizinalrat v. Hippel, Prof. Dr. Damsch, Sanitätsrat Dr. Wittmeyer).

Aus dem Programm: Im Lebenskampf. — Manneskraft. — Manneskraft. Was muß jeder Mann vor der Ehe und in der Ehe vom Geschlechtsleben wissen? Der Einberufer: Friedrich Frick.

Am Dienstag, den 7. April 1908

abends präzise 8 Uhr anfangend

spricht im großen Saale des Vereinshauses

Richard Laube-Leipzig

über seine

Wanderungen auf der Insel Island.

Zur Erläuterung dienen 134 Riesenlichtbilder nach eigenen Aufnahmen des Redners.

Eintritt 20 Pfg., Kinder 10 Pfg.

Rauchen verboten.

Das Gewerkschaftskartell.

Karten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Zentralverband der Zimmerer.

(Zahlstelle Lübeck)

Außerordtl. Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.

2. Die Lohnfrage.

Sämtliche Mitglieder sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.



Uhrenteller einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhrmacher
Königsstraße 62, 6. u. 7. Hühnerstraße
Gebe rote Rabattmarken.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 8. April
abends 8 Uhr,

im Kolosseum: 26. volkstüml. Konzert

zum Besten des Musikerpensionsfonds und des Vereins der Musikfreunde

(Orchester 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth.

Letzter Richard Wagner-Abend.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Einzug der Gäste auf Wartburg.

Tonbilder aus Rheingold.

Tannhäuser-Ouverture.

Waldkärenritt.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Eintrittspreis 50 Pfg. Im Vorverkauf 10

Eintrittskarten 5 Mk. Einzelkarten 40 Pfg.

bei den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vorverkauf

10 numerierte Eintrittskarten 5 Mk. Num-

merierte Einzelkarten 60 Pfg. nur bei F. W.

Kabel, Breitstraße 40.

Hansa-Theater

Heute Montag:

Gastspiel des Berliner

Apollo-Ensembles

mit seinen aufs glänzendste ausge-

statteten Operetten

Kadetten-Streiche.

Große Ausstattung-Operette in 3 Akten

Musik von Victor Holländer.

Mitwirkende 50 Personen.

Der Blumen Erwachen.

Großes Ballett, arrangiert vom Ballett-

meister G. Ceruti.

Prima ballerina: Sign. Ripamonti

Solotänzerinnen: Prerina Fidardi

und Marie Zimmermann.

Dienstag dieselbe Vorstellung.

Mittwoch zum ersten Male:

Nakiris Hochzeit.

Stadt-Theater.

(Provisorium)

Direktion: L. Piorkowski.

Dienstag, 7. April, 7 1/2 Uhr:

137. Abon. Vorst. 28. Dienstägs-Abon.

Die drei Pintos.

komische Oper in 3 Akten von C. M. v. Weber.

Mittwoch, den 8. April, 8 Uhr.

Einmalige volkst. Operetten-Vorstell.

1. Akt, 1. Ballett 75 Pfg., alle

übrigen Plätze 50 Pfg.

Die lustige Witwe.

Donnerstag: Unbestimmt.

Freitag: Letzte Operetten-Vorstellung.

Chreusabend für Kapellmstr. Abendroth.

Ein Maskenball.

Der Kinderhandel nach Schwaben.

Das „Tiroler Tagblatt“ meldet:

Am Sonntag wurden wieder etwa dreihundert Sütkinder von einem Geistlichen namens Galm von Landeck über Bregenz zum „Sütkindermarkt“ in Friedrichshafen geschleppt, wozu auch heuer wieder die Landbevölkerung das Hauptkontingent stellte — ein sehr trauriges Zeichen des klerikalen Einflusses.

In der „Vossischen Zeitung“ findet sich ein bemerkenswerter Artikel, der sich mit diesem schmachvollen Kinderhandel beschäftigt. Der Artikel ist „Tiroler Schwabengänger“ überschrieben und setzt gleich mit einer vollen Anklage ein:

„Es hätte die Überschrift auch lauten können: „Kinder- oder Sklavenmärkte“ — je nach der Seite, von der man die Sache ansieht. Alljährlich, wenn der März zu Ende geht, ziehen Scharen von zwölf- bis vierzehnjährigen Buben und Mädchen aus Tirol und Vorarlberg dem Bodensee zu und vereinigen sich zu drei- vierhundert in Friedrichshafen. (Früher fanden die „Märkte“ auch in Ravensburg, Wangen, Wassee, Überlingen und Pfullendorf statt.) Geleitet werden die einzelnen Züge von einzelnen Unverwandten, hauptsächlich aber von Lehrern und Geistlichen. Am Hasen werden die Ankümmelnden schon erwartet von zahlreichen Bauern aus dem südtlichen Oberschwaben und dem babilischen Seekreis. Am nächsten Morgen beginnt der Markt; in Reihen und Rudeln werden die Kinder vorgeführt, gemustert — wohl auch befehlt — von den laut kritischen Dienstherren. Gar manche der letzteren sind bereits als roh und hart bekannt und werden schon gemeinlich durch einen Kreidestrich auf dem Rücken oder durch ein wie absichtslos hingeworfenes Seilende; auch ganze Orte sind verurteilt. Aber die Kinder haben wenig zu sagen; im Gasthause „Zum Rad“ werden die Dienstverträge von den weltlichen und geistlichen Begleitern abgeschlossen und die kleinen Sklaven unter dem Namen „Hüttekinder“ dem Bestbietenden zugeschlagen. Die Höhe der vereinbarten Löhne bewegt sich zwischen 50 und 80 Mk. (für sieben Monate); außerdem muß doppelt „Häs“ (Gewand) geliefert werden — für die Arbeits- und Feiertage. — Nach einer vom Dienstherren bestrittenen Stärkung wird aufgebroschen und oft genug spielen sich herzzerreißende Abschiedsszenen ab — von Vater, Mutter, Kameraden und nicht zuletzt der Heimat muß für lange Zeit geschieden sein! Und nun geht's zu Fuß, zu Wagen oder mit der Eisenbahn dem Bestimmungsort zu. Mannigfache Arbeit wartet der halbwüchsigen Jungen und Mädchen: „Viehhüten, Arbeit im Haus, Stall und Feld, Kinderwarten, Viehhüttern, Botengänge machen und was sonst gefordert wird“ — so steht es im Kontrakt; es ist etwas mehr, als was ein „Mädchen für alles“ zu leisten hat. „Gute Behandlung“ ist zugesichert. Wie es damit oft steht, soll ein Bericht der (klerikalen) Neuen Tiroler Stimmen vom 20. November v. J. beweisen: „In Elmen starb dieser Tage ein zwölfjähriger Knabe, der vor kurzem aus Schwaben zurückgekehrt war, an einem Unterleibsleiden. Vor seinem Tode offenbarte er dem Geistlichen, daß sein Bauer ihn oft durch Fußtritte roh mißhandelt habe, und die Untersuchung ergab die Richtigkeit der Beschuldigung.“ Solche Fälle arger Mißhandlung sind nichts Seltenes, namentlich haben die fremden Kinder von den Knechten, Mägden und der heimischen

Jugend oft schwer zu leiden und nehmen dauernden Schaden an Leib und Seele.

Endlich schlägt die Erholungsstunde! Der Tag Simon und Juda, der 28. Oktober, ist der „Bündelstag“. Das neue Sonntagshäs wird angelan, die Arbeitskleider sind im Rucksack verpackt; mit den beiden gellefertigen Hüften auf dem Kopfe, einem Paar Stiefel über den Schultern und einem Strauß künstlicher Blumen an der Brust wird mit „Vergelt's Gott und zürnet nicht!“ Abschied genommen, und jauchzend geht's der Heimat zu. Führt der Weg etwa über den Aelberg, so wird St. Christophorus, dessen riesiges Holzbild dort aufragt, herzlich Dank für gewährten Schutz gesagt; im Frühling war dieser Schutz mit vielen Küssen erbeten worden und ein Splitter wanderte als Talisman mit in die Fremde — im vorigen Jahre sollte die Statue deshalb erneuert werden. In Friedrichshafen sammeln sich die Scharen wieder und werden vom Vorstand des „Hüttekindervereins“ (meist Geistlichen) in Empfang genommen, um die Schäftein daheim wieder abzuliefern.

Es gibt Leute, die diese Schwabengängerei der Tiroler und Vorarlberger Kinder — von denen sehr viele unfreiwillig gehen — beschönigen oder gar rechtfertigen, und zu diesen Leuten gehören in erster Linie die katholischen Geistlichen. Das ist unbegreiflich und allein verständlich wohl dadurch, daß so manches Scherflein, wie ich genau weiß, auch für die Kirche dabei abfällt.

Unbegreiflich ist es ferner, daß dieser Kinderhandel unter den Augen der Behörden stattfindet und von diesen geduldet wird; denn auch in Österreich herrscht — wenigstens ist es so Gesetz — die allgemeine Schulpflicht, der sich die Schwabengänger einfach entziehen; der Schimpf für die Alpenländer, so schreibt der „Vorarlberger Volksfreund“ mit Recht, liegt darin, daß sich der schwäbische Bauer die kleinen Sklaven heranzieht, damit seine Kinder der Wohltat ungestörter Schulunterrichts teilhaftig werden. Daß die Not stets der Grund der Auswanderung ist, wird selbst von den Veranstaltern nicht behauptet werden können; das war vielleicht vor hundert Jahren der Fall, als der Kinderhandel begann. Und wie beschämend ist es, daß überall zu Neujahr die Kinder umhergeschickt werden, um an den Türen „um einen Zehrpennig 15 Schwauboland“ zu betteln. Auch das noch! Geradezu wie Hohn klingt es, wenn in einem klerikalen Blatte der Voranschlag gemacht wird, künftig die Ferienkolonien der Großstädte doch als „Hüttekinder“ zu den schwäbischen Bauern zu schicken. Daß die gesamte pädagogische Presse Österreichs und Süddeutschlands sich gegen diesen hundertjährigen Mißbrauch auflehnt, ist natürlich — geholfen hat es bis jetzt noch nichts.“

Soziales und Parteileben.

Mißmutige Scharfmacher! Die Abmachungen, die in Berlin für das Baugewerbe getroffen worden sind, haben nicht überall den Beifall der Scharfmacher gefunden. Der Bauunternehmerverband in Bielefeld versendet an alle Bauunternehmer-Vereine ein Zirkular, welches ein Anschreiben an den Bundesvorstand enthält. Es wendet sich gegen die Abmachungen der Einigung in Berlin. Das Zirkular selber lautet:

Zu dem dortseitigen Schreiben vom 28. d. M. und dem anliegenden Vertragsmuster finden wir zu unserem größten Erstaunen und Bedauern die Bestätigung der sensationellen Brechberichte über die vor dem Gewerbegericht in Berlin gepflogene Verhandlung beziehungsweise erzählte „Einigung“. Eingedenk der früheren geraden

Haltung und der denselben in den Generalversammlungen zu Berlin und Hannover durch die geradezu impopulante Einmütigkeit der Bundesmitglieder zuteil gewordenen Vertrauensstundgebungen und Unterstützungen wegen wagen wir bei dem Anblick des neuen „Vertragsmusters“ unseren Tugenden nicht zu trauen. In unseren Reihen erhebt sich nur eine Stimme der Entrüstung über die dem Bunde widerfahrene Niederlage. Leider vermögen wir nur eine solche in der sogenannten „Einigung“ zu erblicken. Den Einwendungen der Gewerkschaften ist entgegen den in Hannover mit absoluter Einmütigkeit und wahrer Begeisterung gefaßten Beschlüssen in allen Punkten fast entsprochen, und diese Generalversammlung konnte die im Gessie derselben anschlüssend daran mit den Unternehmern geführten lokalen Verhandlungen erhalten dadurch den Stempel der Rommie. In Wirklichkeit lag für einen derartigen Rückzug absolut kein Anlaß vor. Im Gegenteil, und jetzt kommt die Hauptsache: Die Chancen des Bundes waren zurecht so günstig wie nie zuvor. Denn man hatte überall die Vorkehrungen getroffen, den Kampf eventuell aufzunehmen und dann auch zum Siege zu führen. Wie ist die Lage jetzt? Jeder weiteren Verhandlung ist der Boden entzogen, und was wir am schlimmsten empfinden: Das unverständliche Vorgehen des Vorstandes ist nur zu geeignet, die Festigkeit des Bundes zu erschüttern. Dazu darf es nicht kommen! Wir halten nach Lage der Sache die Einberufung einer Generalversammlung für unangänglich behufs Wahrung unseres Ansehens und Wiederherstellung unserer Macht. Wir richten daher an den Vorstand das ergebene Ersuchen und glauben darin mit sämtlichen Mitgliedern übereinzustimmen — ohne Verzug eine Generalversammlung einzuberufen und bis dahin jeden Abschluß eines Tarifvertrages auf Grund des neuen Vertragsmusters zu verhindern. Von dem vorstehenden Schreiben haben wir sämtlichen Unternehmerverbänden Kenntnis gegeben.

(Folgen die Unterschriften vom Bielefelder Verband.)
Diesem Zirkular liegt noch ein Anschreiben bei, daß auch andere Ortsverbände gegen die Einigung Protest erheben müßten.

Man kann den Schmerz der Herren begreifen, die nach eigenem Geständnis überall Vorkehrungen getroffen hatten, den Kampf aufzunehmen, daß es nun zu einem solchen unter Umständen nicht kommt. Sie sollten aber doch überlegen, daß in Wirklichkeit trotz aller Vorbereitungen dieser Kampf nur ein improvisierter war, während der eigentliche Schlag im Jahre 1910 beabsichtigt war. Die Zentralleitung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verdient wahrlich nicht den Vorwurf, daß sie die Interessen des Unternehmertums nicht rücksichtslos wahrnähme. Wenn sie den Boden der Einigung mit den Arbeiterorganisationen betrat, tat sie es wahrlich nur, weil sie die Überzeugung hatte, daß die Niederbringung eines solchen Gegners — zumal nach der Einigung der Arbeiter in Berlin — selbst in dieser Zeit der schlimmsten Konjunktur kein kleines Stück Arbeit und ein Unternehmen von höchst zweifelhaftem Erfolg sei.

Das Aufplattern solcher Scharfmachermühen aber, wie der oben angezeichneten, zeigt, daß die Arbeiter keine Veranlassung haben, sich von den Friedenschalmeien im Scharfmachertage in den Schlaf wiegen zu lassen. Es heißt für die Arbeiterschaft nach wie vor, den Gegnern mehr auf die Fäuste als auf's Maul zu sehen.

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker findet am 25. Mai und folgende Tage in Köln statt. 134 Delegierte werden dort zusammenkommen, um eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Bei dem Punkt: Stellungnahme zu den Vträgen, den „Korrespondent“ betr. und Wahl des Redakteurs, wird die Debatte höchstwahrscheinlich lebhaftest Wellen schlagen. Es wird sich dabei dann herausstellen, ob die Vertreter für oder gegen Verhändler entscheiden in der Haltung des „Korrespon-

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(25. Fortsetzung.)

„Wir sind gerettet!“ rief auch Brandolaccio. Und, auf das Pferd zulasten, es bei der Mähne packen und ihn mit Colombas Hilfe einen Strich als Jügel durch das Maul ziehen, das alles war für den Banditen das Werk eines Augenblicks. „Jetzt müssen wir dem Pfarrer ein Zeichen geben.“ sagte er und ließ zweimal hintereinander ein schrilles Pfeifen erklingen. In der Ferne wurde dieses Signal durch ein ähnliches Pfeifen beantwortet, und das Gewehr von Manton ließ seine starke Stimme nicht länger vernehmen. Brandolaccio schwang sich mit neu belebter Kraft auf das Pferd und Colomba hob dann auch Orso hinauf und setzte ihn vor dem Banditen zurecht. Dieser hielt mit der einen Hand den Verwundeten an sich gedrückt, und mit der anderen ergriff er den Jügel. Trotz dieser doppelten Bürden sprangte das Pferd, durch ein paar Stöße mit den Beinen in seine Klauen dazu angefeuert, rasch davon und galoppierte den steilen Berggang hinunter, ein Wagnis, bei dem jedes andere, als ein korrissches Pferd, tausendmal Hals und Beine gebrochen hätte.

Colomba kehrte jetzt wieder zurück und rief aus allen Kräften Miß Nevils Namen; aber alles blieb still, auch nicht ein Laut antwortete ihren Rufen. . . . Nachdem sie eine Weile grade vor sich hingeschritten war, suchte sie den Weg wieder zu finden, auf dem sie gekommen waren. Da stieß sie plötzlich auf einem engen Pfade mit zwei der verfolgenden Schatzsucher zusammen. Auf das „Werda“, welches ihr die Soldaten entgegen schrien, antwortete sie mit spöttischem Tone:

„Nun, meine Herren, das war ja wirklich ein fürchterlicher Lärm! Wie viele Tote hats dabei gegeben?“

„Ihr gehört zu den Banditen.“ sagte einer der Soldaten, „Ihr müßt mit uns gehen.“

„Mit Vergnügen.“ versetzte sie; „aber ich habe hier im Walde eine Freundin verloren, die müssen wir erst noch wieder suchen.“

„Eure Freundin ist schon aufgegriffen. Ihr werdet die Nacht mit ihr zusammen im Gefängnis zubringen müssen.“

„So, im Gefängnis? Das wird man erst noch einmal sehen; vorläufig führe man mich wenigstens zu ihr.“

Die Schützen brachten sie in das von den Banditen verlassene Lager zurück, wo sie die Trophäen ihres Streifzuges, bestehend in einem wollenen Mantel, der Orso als Decke gedient hatte, in einem alten Kochtopf und in einem mit Wasser gefüllten Krug zusammengestellt hatten. Hier befand sich auch Miß Lydia, welche, als sie halb tot vor Angst, von den Soldaten aufgefunden wurde, auf alle an sie gerichteten Fragen: wie groß die Zahl der Banditen sei, und welche Richtung sie eingeschlagen hätten, nur mit Tränen zu antworten vermocht hatte.

Colomba stürzte der Freundin um den Hals und flüsterte ihr leise zu: „Sie sind gerettet.“ Dann wandte sie sich an den Sergeanten der Schützen: „Mein Herr.“ sagte sie, „wie Sie sehen, weiß das Fräulein nichts von alledem, worüber man sie befragt hat. Lassen Sie uns also in das Dorf zurückkehren, wo wir mit Ungebuld erwartet werden.“ „Sie sollen dahin abgeführt werden, und das vielleicht noch eher, als Sie es wünschen, mein Schatz.“ sagte der Sergeant. „Sie werden sich darüber zu verantworten haben, was Sie in so später Stunde im Walde bei den Banditen zu tun hatten. Ich weiß nicht, was für ein Zaubermitel diese Halunken besitzen, aber so viel ist sicher, daß sie alle Mädchen und Frauen zu betören wissen. Wo es nur immer einen Banditen gibt, da kann man überzeugt sein, auch hübsche Weiber zu finden.“

„Ihr versteht Euch aufs Schmeicheln, Herr Sergeant.“ sagte Colomba, „aber Ihr tötet wohl daran, etwas behutsamer mit Euren Reden zu sein. Dieses Fräulein hier ist eine Verwandte des Präfecten, und mit der darf man sich keine Scherze erlauben.“

„Eine Verwandte des Präfecten!“ rief voller Verwunderung einer der Schützen. „Ja, wahrhaftig!“ sie hat ja einen Hut auf.“

„Der Hut tut nichts zur Sache.“ sagte der Sergeant. „Sie waren alle beide bei dem Pfarrer, der der größte Weiberheld im Lande ist, und meine Pflicht ist es, daß ich sie fortführen lasse. Sonst gibts hier weiter nichts mehr für uns zu tun. Ohne diesen verwünschten Korporal Taupin . . . den Trunkendold von einem Franzosen, der keine Ruhe hatte und sich zeigen mußte, noch ehe ich damit fertig war, den Wald ganz zu umstellen. . . . ohne ihn hätten wir sie jetzt alle, die ganze Brut miteinander auf einen Zug wie in einem Netz gefangen.“

„Seid ihr eurer Siben?“ fragte Colomba. „Wißt ihr, meine Herren, wenn die beiden Brüder Gambini, Sarochi und Theodoro Poli einmal zufällig mit Brandolaccio und dem Pfarrer am Sanct Christinen-Kreuz zusammentrafen, dann könnte es euch übel genug ergehen. Ich möchte wenigstens nicht gern dabei sein, wenn ihr euch in ein Gespräch mit dem „Beherrscher des Felbes“ eingelassen hättet, denn die Kugeln wissen in der Nacht zwischen Freund und Feind keinen Unterschied zu machen.“

Die Möglichkeit eines Zusammentreffens mit den furchtbaren Banditen, welche Colomba eben genannt hatte, schien auf die Soldaten ihren Eindruck nicht zu verfehlen. Unter fortwährenden Flüchen über den Korporal Taupin, diesen Hund von einem Franzosen, gab der Sergeant den Befehl zum Aufbruch, und seine kleine Truppe trat den Rückmarsch nach Pietranera an. Der wollen Mantel und der Kochtopf wurden als Siegeszeichen mitgenommen; dem Wasserkrug aber wurde durch einen Fußtritt der Garaus gemacht. Einer der Soldaten wollte Miß Lydia beim Arme nehmen, aber Colomba stieß ihn sogleich mit den Worten zurück: „daß sich keiner unterstehe, sie anzurühren! Meint ihr, wir hätten Lust uns aus dem Staube zu machen? Kommen Sie, Lydia, meine Beste, stützen Sie sich auf mich, und meinen Sie nicht wie ein Kind. Das ist ein kleines Abenteuer, mit dems kein schlimmes Ende nehmen kann; in einer halben Stunde schicken wir behaglich beim Abendessen. Ich für mein Teil, bin halbtot vor Hunger.“

„Was werden die Leute von mir denken?“ flüsterte Miß Lydia mit großer Bekommenheit.

„Die werden denken, daß Sie sich im Walde verirrt hätten, das ist alles.“

„Was wird der Präfect sagen? . . . Und vor allem, was wird mein Vater sagen?“

„Der Präfect? . . . Nun, dem antworten Sie, daß er sich um seine Präfectur bekümmern soll. Ihr Vater? . . . nach Ihrem Geplauder mit Orso zu schließen, sollte ich meinen, daß Sie mit Ihrem Vater wohl noch etwas Besonderes zu besprechen hätten.“

Statt einer Antwort in Worten brüskte Miß Nevil ihr den Arm.

„Nicht wahr.“ flüsterte Colomba ihr ins Ohr, „mein

*) Dies war der Spitzname, den Theodoro Poli sich selbst beilegte.

Denen". Rexhäuser hatte nämlich in seiner Kritik über „Gewerkschaftliche Neutralität“ auch gesagt:

„Der Buchdruckerverband könne sich unter keinen Umständen auf den Boden der auf dem Internationalen Arbeiterkongress angenommenen Resolution stellen. Er werde nicht den „Korresp.“ im Sinne dieser Resolution verhalten.“

Der Internationale Arbeiterkongress, der hier angegangen wird, ist der in Stuttgart stattgefundenen, auf dem der Buchdruckerverband durch drei Delegierte, darunter auch der Vorsitzende Böllin, vertreten war. In der dem Rexhäuser so unangenehmen Resolution heißt es:

Der Kongress erklärt, es müsse die Arbeiterchaft dazu gelangen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden. Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen, wenn über die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Organisationskampfe der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen.

Die Resolution ist nicht gegen den Widerspruch der Buchdruckerdelegierten gefaßt worden, sie haben sich mit ihr erfreulicherweise einverstanden erklärt. Hoffentlich folgt die Generalversammlung des Buchdruckerverbandes nicht den Anschauungen Rexhäusers, sondern erklärt die Stuttgarter Resolution auch für den Verband als maßgebend.

Der Bankrott einer Harmonie-Gewerkschaft. Der sogenannte Sächsisch-Verband der Maschinisten und Heizer hat seine Auflösung angekündigt. Der Verband hatte noch vor vier Jahren etwa ebenso viele Mitglieder wie der Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Heute zählt letzterer 19000 Mitglieder, während der sächsische Verband auf noch nicht 5000 Mitglieder zusammengeschrumpft ist. Brähler hat die Vorstand dieses Verbandes erklärt, daß es auch ohne die moderne Gewerkschaft ginge; auch der sächsische Verband „kämpfe“ für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In Wirklichkeit war dieser Verband der reine Unterstützungs- und Harmonieverein. Der Vorstand muß selbst notgedrungen anerkennen, daß seine glorreiche Taktik den Verband in Grund und Boden ruiniert hat. Aber die Herren haben nichts gelernt und nichts vergessen. Die glorreiche Taktik, die für die Arbeiterschaft keinen Pfifferling Wert und deshalb eine allgemeine Fluchensucht zur Folge hatte, hat zwar den Verband ruiniert, aber diese Taktik wird auch jetzt noch fortgesetzt. Der Vorstand hat beschlossen — die Mitglieder haben Ordre zu parieren — den Übertritt zu den Sächsisch-Dückerischen Gewerkschaften zu empfehlen. Der arbeiterschädlichen Taktik folgt die noch arbeiterschädlichere! Den Mitgliedern eines bankrotten Arbeitervereins wird der Anschluß an einen dem Bankrott entgegengehenden Arbeiterverein zugemutet. Die Sächsisch-Dückerischen Gewerkschaften befinden sich nicht nur seit Jahren im Stillstande, sondern im rapiden Rückgange. Sehr erklärlich! Denn die „Taktik“ der Sächsisch-Dückerischen Gewerkschaften ist ja dieselbe, die den sächsischen Verband so glänzend in den Sumpf geführt hat. Den Mitgliedern des sächsischen Verbandes zu empfehlen, sich den vollständig bedeutungslosen und leistungsunfähigen Sächsisch-Dückerischen Gewerkschaften anzuschließen, heißt geradezu Verrat an der Arbeiterschaft üben. Aber bereits regt sich der gesunde Sinn unter den Mitgliedern des sächsischen Verbandes; bereits haben verschiedene Zahlstellen gegen den Übertritt zu den Gewerkschaften protestiert. Es liegt nicht nur im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung, die jetzt mehr denn je der Einheitsfront, Einigkeit und kraftvoller Organisationen bedürftig, um gegenüber den rücksichtslosen Unternehmungskartellen widerstandsfähig zu sein, sondern es ist auch für jeden einzelnen von persönlichem Vorteile, der arbeiterverräterischen „Taktik“ des Vorstandes des sächsischen Verbandes die Gefolgschaft zu verlagern und sich der modernen Gewerkschaft anzuschließen.

Maurerstreik in Kaiserslautern. Die Bauunternehmer in Kaiserslautern beschlossen kurz und bündig, als Höchstlohn für einen tüchtigen Maurer 45 Pf. zu zahlen. Nach dem bisher bestandenen Vertrag hatten die Maurer einen Minimallohn von 45 Pf. Die meisten hatten jedoch höhere Stundenlöhne: 47, 48 Pf. und höher. Als auf diese Antwort sich die Maurer am Dienstag und Mittwoch morgen erkundigten, wurde ihnen bedeutet, daß nunmehr der Lohn auf 45 Pf. herabgesetzt werde. Das zu

einer Zeit, als bei den Verhandlungen in Berlin die Unternehmers die kritischen Punkte bereits fallen gelassen hatten. Diese Zustimmung, einen Lohnabzug in einer Zeit der Teuerung, wo alle Kategorien, Beamte wie Arbeiter, nach Verbesserung streben, konnten sich die Maurer natürlich nicht gefallen lassen. Sie beschloffen in einer gemeinsamen Versammlung der Maurer, Bau- und Hilfsarbeiter mit den Christlichen einstimmtig, in den Streik einzutreten. Schmarze Listen hatten die Herren schon vorher in Umlauf gesetzt.

Ein allgemeiner Lohnkampf im Baugewerbe Stockholms scheint unvermeidlich, wenn es nicht dem Staatsbeamten zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten noch gelingt, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Die Unternehmersonganisation hat vom 1. April ab Lohnherabsetzungen verfügt, die für die Maurer, Zimmerer, Tischler und Gipsarbeiter 8 Dre die Stunde betragen. Die Akkordlöhne sollen um 18 Proz. herabgesetzt werden. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter sollen jedoch unverändert bestehen bleiben. Seit ungefähr einem Monat haben die Parteien vergeblich verhandelt. Die Arbeitnehmer forderten mit Rücksicht auf die steigende Teuerung Lohnerhöhungen. Die Arbeitgeber führen als Grund für die Lohnherabsetzungen die Krise im Baugewerbe an, die bereits bei einigen Firmen zum Krach geführt hat. Abgesehen von der Krise fast auf die gesamte Industrie Schwedens, und sie kann ja durch Herabsetzungen der Arbeitslöhne nur verschlimmert werden. — Auch der Malermästerverein von Stockholm hat selbstherrlich eine Herabsetzung der Löhne verfügt. In diesem Verufe haben die Arbeitnehmer bereits beschlossen, bei allen Firmen, die die Löhne kürzen, die Arbeit niederzulegen.

Die Rettung des Handwerks. Die Potsdamer Tapeziermeister, die ihre Gehilfen ausgeliefert haben, verleihen gegenseitig ihre Beihilfen. In solchen ist ja leider kein Mangel! Bei einem Gehilfen fünf Beihilfen zu halten, ist in verschiedenen Geschäften alter Brauch. Bei den Tarifsetzungen aber machen die Meister dann großes Geschrei, daß die jungen Gehilfen heutzutage nichts mehr können. Wer soll es ihnen unter solchen Umständen denn auch beibringen?

Gemeindevahlerfolge. In Kleinleubusch brachte die Gemeinderatswahl einen prächtigen Sieg unserer Genossen, die die Mehrheit im Gemeinderat erreichten. Sie haben jetzt im Dorparlament von zwölf Sitzen acht Sitze inne.

Maifeier-Beschlüsse. Die Parteigenossen von Leipzig-Stadt und -Land beschäftigten sich am Dienstag abend in einer Versammlung mit der Maifeier. Nach dem Vorschlage des Komitees soll sie in diesem Jahre wie in früheren durch Arbeitsruhe begangen werden. Am Vormittag des 1. Mai werden fünf große Versammlungen abgehalten, dann geht es in gemeinsamem Spaziergang nach Stötteritz. Zur Aufstellung des allerdingt losen oder ungeordneten Zuges hat die Polizei diesmal den Königsplatz freigegeben. In der Festhalle in Stötteritz wird dann die Festrede gehalten werden. Aber die zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission vereinbarte Resolution zur Maifeier wurde sehr lebhaft diskutiert. Gegen wenige Stimmen wurde eine vom Agitationskomitee vorgeschlagene Resolution angenommen, die in ihrem entscheidenden Teile lautet:

„Die Parteigenossen Leipzigs lehnen die zwischen Parteivorstand und Generalkommission getroffenen Abmachungen über die Unterstufung der Maiausgesperren als unannehmbar ab. Sie erblicken in dieser Abmachung den Versuch, die Arbeitsruhe am 1. Mai indirekt zu beschränken und auf die Gewerkschaften einzuwirken, daß die Beschlüsse der einzelnen Gewerkschaften für die Unterstufung der Maiausgesperren aufgehoben werden. Den weiteren Versuch, die Verantwortung und Durchführung der von den zentralen Körperschaften gefaßten Beschlüsse den lokalen Instanzen aufzubürden, weisen sie als eine Verleugnung des Prinzips der Zentralisation zurück. Die Parteigenossen sprechen ihr lebhaftes Bedauern aus, daß die einzelnen Parteinstanzen nicht, wie die Verbandsvorsitzenden, vor Abschluß der Vereinbarungen gehört und benachrichtigt worden sind, und erwarten vom nächsten Parteitag die Regelung der Maifeierfrage.“

Die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission haben auch verschiedene Parteiorganisationen und Gewerkschaftskartelle beschäftigt. In Flensburg haben die Vertrauensmänner der Parteiorganisationen und des

Gewerkschaftskartells folgende Resolution beschlossen:

„Die Sitzung des Flensburger Gewerkschaftskartells und der Vertrauensmänner der Flensburger Parteiorganisation erklärt zu dem gemeinschaftlichen Zirkular der Generalkommission und des Parteivorstandes in Frage der Unterstufungsregelung der etwa Maifeiernenden, daß durch diesen Beschluß den Ansichten der übergroßen Mehrheit der deutschen Delegation auf dem Stuttgarter Internationalen Kongress und des deutschen Parteitages in Offen nicht Rechnung getragen wird. Die Versammlung erblickt in dem Beschluß, die Besatzregelungen nicht aus Zentralisationsmitteln zu unterstützen, eine Abwägung der Maifeier. Sie protestiert gegen eine derartige Abwägung und dem Parteivorstand, daß schnellstens eine Aenderung des im Zirkular enthaltenen Beschlusses herbeigeführt wird, um den Arbeitern eine würdige Maifeier auch in Zukunft zu ermöglichen. Im übrigen kann konstatiert werden, daß der kritisierte Beschluß sich in direktem Widerspruch befindet mit den Bestimmungen einer ganzen Anzahl von Zentralverbandsfassungen, in welchen vom 2. Tag der Ausspernung ab Unterstützung aus der Verbandskasse statutarisch festgelegt ist. Rechte, die sich die Mitglieder wohl nicht so mit nichts für nichts nehmen lassen werden.“

Ein ähnlicher Beschluß ist vom Gewerkschaftskartell zu Frankfurt a. M. gefaßt worden.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 4. April 1908.

140. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstisch: v. Bethmann-Hollweg. Die zweite Beratung des Entwurfs eines Vereinsgesetzes wird fortgesetzt beim § 7, der nach dem Beschluß der Kommission folgenden Wortlaut hat:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen.“

Diese Vorschrift findet auf internationale Kongresse, sowie auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Vertriebe der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten und Elsaß-Lothringen vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung.

Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Landestellen, in denen zurzeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alteingesessene Bevölkerungsanteile nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsanteile nach dem Ergebnis der jeweilig letzten Volkszählung 60 v. Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mitgebrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet, wenn der Veranlasser der öffentlichen Versammlung mindestens dreimal 24 Stunden vor ihrem Beginn der Polizeibehörde die Anzeige erstattet hat, daß und in welcher nichtdeutschen Sprache die Verhandlungen geführt werden sollen. Über die Anzeige ist von der Polizeibehörde sofort eine kostenfreie Bescheinigung zu erteilen. Als Landestelle gelten die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden.

Ferner sind, soweit die Landesgesetzgebung abweichendes nicht bestimmt, Ausnahmen auch mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.“

Die Sozialdemokraten beantragen, den § 7 zu streichen.

Die Polen beantragen, prinzipiell ebenfalls die Streichung des § 7. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages jedoch schlagen sie folgende Fassung vor:

„Die Verhandlungen in öffentlichen, anzeigepflichtigen Versammlungen sind in der Regel in deutscher Sprache zu führen.“

Wenn in einer öffentlichen Versammlung in einer fremden Sprache verhandelt werden soll, so haben die Veranlasser die nach § 8 Absatz 1 erforderliche Anzeige mindestens dreimal 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung bei der Polizeibehörde zu erstatten. Bei der Anzeige muß die Absicht, in fremder Sprache zu verhandeln, mitgeteilt werden und die Bezeichnung dieser fremden Sprache selbst erfolgen.

Bruder verdient es schon, daß man ihn lieb hat? Haben Sie ihn nicht wirklich ein wenig lieb?“

„Ach! Colomba,“ antwortete Miss Nevil, trotz aller Beschämung lächelnd; „ich hatte ein so großes Vertrauen zu Ihnen, und nun haben Sie mich doch verraten.“

Colomba schlang ihren Arm um die Freundin und fügte sie auf die Stirn. „Wird meine kleine Schwester,“ raunte sie ihr zu, „mir's nicht verzeihen?“

„Das werde ich wohl müssen, meine fürchterliche Schwester,“ antwortete Lydia, ihren Kopf erwidern.

Der Präsekt und der Staatsanwalt hatten in Pietronera ihr Quartier bei dem Amtshilfen des Maire's aufgeschlagen. Der Oberst, der seiner Tochter wegen in der größten Unruhe war, kam schon zum zwanzigsten Male dahin, sich zu erkundigen, ob man noch nichts Näheres über die Veranlasser erfahren habe. Da erschien einer der Soldaten, der von dem Sergeanten als Eilbote vorausgeschickt war, um einen vorläufigen Bericht über den schrecklichen Kampf mit den Räubern zu erstatten; einem Kampf, bei dem es allerdings weder Tote noch Verwundete gegeben hatte, in dem man aber doch einen Feldfessel, einen wollenen Mantel und zwei Franzosenmünder erbeutet hatte. Nach der Inspektion des Boten mußten die letzteren entweder die Geliebten oder die Kundschafterinnen der Räuber sein. Kaum war das letzte Wort dieser vorläufigen Meldung gesprochen, da erschienen auch schon die beiden Gefangenen in der Mitte der bewachenden Soldaten. Dieses unerwartete Zusammenbrechen brachte auf die verschiedenen Personen die verschiedenste Wirkung hervor. Colomba war strahlend vor Vergnügen, während ihre Gefährtin vor Beschämung fast vergehen wollte. Der Präsekt mußte sich vor Überraschung kaum zu fassen. Die Freunde und die Verwunderung des Obersten hielten sich einander die Waagschale. Der Staatsanwalt machte sich das böshafte Vergnügen mit der armen Lydia eine Art von Verhör anzustellen, welches er nicht eher beendete, als bis sie ganz aus der Fassung gebracht war.

„Wir scheitern,“ sagte der Präsekt, „wir könnten die ganze Gesellschaft kühnlicherweise wieder in Freiheit setzen. Diese jungen Damen haben einen Spaziergang gemacht, was bei einem so herrlichen Wetter ganz natürlich war; der Zufall hat sie mit einem liebenswürdigen jungen Manne, der verwundet im Walde lag, zusammengeführt; das ist wiederum etwas durchaus Natürliches.“ Gleich nach dieser Erklärung nahm der Präsekt Colomba bei Seite. „Mein Fräulein,“ sagte er, „Sie können Ihrem Bruder melden, daß es mit seiner Angelegenheit eine bessere Wendung nimmt, als ich gedacht hätte. Durch die Unterjuchung der Leichen in Verbindung mit der Aussage des

Obersten ist es erwiesen, daß er nur verteidigungsweise verfuhr, und daß er im Augenblicke des Kampfes allein war. Alles wird sich zum Besten fügen, aber er muß schleunigst den Wald verlassen und sich als Gefangener stellen.“

Es war beinahe elf Uhr geworden, als der Oberst, seine Tochter und Colomba sich endlich zu Tisch setzen konnten, zu einem ganz erkalten Abendessen. Colomba aß mit vielem Appetit und machte ihrer übermütigen Laune in spöttischen Bemerkungen Luft, denen abwechselnd der Präsekt, der Staatsanwalt oder das Streifkorps der Sächsischen als Zielscheibe dienen mußten. Der Oberst nahm seine Mahlzeit ein, ohne ein Wort zu reden, aber seine Blicke richteten sich immer wieder nach seiner Tochter hin, die ihre Augen nicht von ihrem Keller erhob. Endlich fragte er sie auf englisch in sehr mildem, aber ernstem Tone:

„Lydia, du bist also mit della Rebbia verlobt?“

„Ja, mein Vater, seit heute,“ antwortete sie errötend, aber mit fester Stimme.

Sie schlug nun auch die Augen auf, und da sie in ihres Vaters Zügen kein Zeichen von Mißbilligung entdecken konnte, sprang sie auf, schlang ihre Arme um seinen Nacken und küßte ihn, wie wohlherzogene junge Damen es bei solchen Gelegenheiten zu tun pflegen.

„Das lasse ich mir gefallen!“ sagte der Oberst. „Allen Respekt vor deiner Wahl, meine Tochter; della Rebbia ist ein wackerer Junge; aber um Gottes willen! wir werden doch nicht auf seiner verwünlichen Insel bleiben sollen? dann verjage ich meine Einwilligung.“

„Ich verstehe nicht Englisch,“ sagte Colomba, welche die beiden anderen mit der schärfsten Aufmerksamkeit beobachtete; aber ich weiße, daß ich den Sinn Ihrer Worte erraten habe.“

„Wir sprachen davon,“ erwiderte der Oberst, „ob Sie uns nicht auf einer Reise nach Irland begleiten möchten?“

„O ja, mit vielem Vergnügen. . . . Ich werde dann die Euzella Colomba Ihrer Tochter sein. Ist die Sache abgemacht, Herr Oberst? Können wir sie mit einem Handschlag besiegeln?“

„Das ist so eine Gelegenheit, bei der man sich einen Kuß gibt,“ sagte der Oberst.

21

Einige Monate nach jenem Doppeltreffer, welcher die Gemeinde von Pietronera in so große Verwirrung verlegt hatte, wie es in der Sprache der Journale heißen würde, sah man an einem schönen Nachmittage aus den Toren von

Bastia einen stattlichen jungen Mann hinausreiten. Er schlug die Richtung nach dem, wegen seiner Quellen berühmten Dorfe Carbo ein, welches im Sommer den schwächlichen Leuten aus der Stadt durch ein herrliches Wasser Erquickung gewährt. Eine junge Frau von hohem Wuchs und auffallender Schönheit begleitete den jungen Mann; sie ritt ein kleines schwarzes Pferd, dessen kräftiger und seiner Bau bei Kennern Bewunderung erregen mußte; leider aber war ihm eins seiner Ohren, gemäß durch einen besonderen Zufall, in felsamer Weise verstimmt.

Als sie in Carbo angekommen waren, sprang die junge Frau sogleich mit großer Gewandtheit zur Erde und eilte auch ihrem Begleiter beim Absteigen behilflich zu sein. Dann nahm sie zwei an ihrem Sattelbogen befestigt gewesene, ziemlich schwere Kessetaschen herunter und übergab die Pferde der Aufsicht eines Bauern. Die Kessetaschen trug sie, so gut es gehen wollte, unter ihrem Mantel verborgen und schritt rühtig neben dem jungen Manne, der eine Doppelpistole mit sich führte, den Bergen zu. Bald stiegen sie tiefer ins Gebirge hinein, auf einem wild verwachsenen Pfade, der allem Anscheine nach, nicht zu einer menschlichen Behausung führen konnte. Als sie einen der höchsten Punkte des Quercio fast erreicht hatten, machten sie Halt, und setzten sich beide auf das Gras nieder. Sie schienen hier jemanden zu erwarten, denn sie hielten ihre Blicke forschend dem Gebirge zugewandt, und die junge Frau zog oft eine hübsche goldene Uhr hervor, vielleicht eben so sehr, um das Kleinod, das sie noch nicht lange zu besitzen schien, mit Wohlgefallen zu betrachten, als um sich zu überzeugen, ob die Stunde der Zusammenkunft noch nicht gekommen sei. Ihre Gebuld wurde nicht lange auf die Probe gestellt. Ein Hund trat aus dem Gebüsch hervor, und als die junge Frau den Namen Brusco rief, sprang er hastig herbei, um sie wedeln zu begnügen. Gleich darauf erschienen zwei bärtige Männer, das Gewehr unter dem Arm, die Patronentasche am Gürtel und die Pistole seitwärts darunter gesteckt. Ihre zerrißenen und vielfach geflickten Kleider bildeten einen grellen Gegensatz zu ihren glänzenden polierten Waffen, die in einer der berühmtesten Fabriken des Kontinentes gefertigt waren. Trotz der offenbar sehr großen Ungleichheit ihrer gesellschaftlichen Stufe begrüßten diese vier Personen sich mit der Vertraulichkeit alter Freunde. „Nun, was sagt Ihr jetzt, Ors Anton?“ rief der älteste der Banditen dem jungen Manne entgegen. „Da steht Ihr doch endlich Eueren Handel ins reine gebracht! Die Anklage zurückgewiesen. Meinen Glückwunsch dazu! Ich bedaure nur, daß der Advokat nicht mehr auf der Insel ist, um ihn zu wüten zu sehen. Und wie steht es mit Euerem Arm?“

(Schluß folgt.)

In Versammlungen, für welche die in Absatz 2 vorgeschriebene Mittelstellung von dem Veranstalter nicht erfolgt, ist der Gebrauch einer fremden Sprache nicht erlaubt.

Die Anzeige gemäß Absatz 2 wird durch die öffentliche Bekanntmachung nicht ersetzt.

Ohne die ausdrückliche Einwilligung des Veranstalters oder Leiters einer öffentlichen Versammlung darf in derselben in einer nichtdeutschen Sprache nicht verhandelt werden.

Für den Fall der Ablehnung auch dieses Antrags beantragen die Polen, im ersten Absatz des § 7 hinter „Versammlungen“ einzufügen: „zur Erörterung politischer Angelegenheiten (Politische Versammlungen)“.

Der Abgeordnete Hanssen (Däne) beantragt, im ersten Absatz des § 7 vor „Versammlungen“ einzufügen: „politischen“.

Die drei lothringischen Abgeordneten Dr. Gregoire, Labrosse, und de Wendel beantragen mit Unterstützung der Mehrheitsparteien folgende Resolution zum § 7:

Den Reichstanzler zu ersuchen, beim Bundesrat und der elsass-lothringischen Regierung dahin zu wirken, daß dem elsass-lothringischen Landesausschuß sofort ein Gesetzentwurf unterbreitet werde, durch welchen in Elsass-Lothringen für Vereine und Versammlungen aller Art der Mitgebrauch der französischen Sprache im französischen Sprachgebiet gesichert wird.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, an der Präsident Graf Stolberg und die Abg. Korfanty (Pole), Dr. Heber (N.), Dr. Spahn (Z.) und Singer (S.D.) teilnehmen, wird die Resolution durch Beschluß der Mehrheitsparteien mit zur Debatte gestellt.

Wädischer Bundesratsbevollmächtigter Dr. Niefer kommt auf die Debatte beim § 4c zurück.

Singer (S.D.) erbittet sich das Wort zur Geschäftsordnung, um zu verlangen, daß die Debatte über § 4c wieder aufgenommen werde, nachdem ein Bundesratsbevollmächtigter dazu gesprochen hat.

Präs. Graf Stolberg verwelgelt das Wort zur Geschäftsordnung, erklärt, keine Geschäftsordnungsdebatte zulassen zu wollen und gibt das Wort dem Fürsten Radziwill. (Große Unruhe im ganzen Hause.)

Fürst Radziwill (Pole) beschuldigt den Kommissionsbericht der Parteilichkeit gegenüber den Ausführungen der polnischen Kommissionsmitglieder. Der Staat hat nicht die Aufgabe, Nationen niederzustampfen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Polen, im Zentr. und b. d. Soz.) Der § 7 ist ein Faustschlag gegen das christliche Prinzip. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Polen und im Zentr.) Es wird aber nicht gelingen, ein lebenskräftiges Volk wie das polnische durch Gewaltmaßregeln niederzuringen. (Lebh. Beifall b. d. Polen.)

Gaus Edler zu Puttk (K.): Wir sind den Litauern, Masuren und Wenden gern entgegengekommen; den Polen gegenüber befindet sich aber das Deutschland in der Notwehr und uns gehen die Bestimmungen des § 7 in der Kommissionsfassung längst nicht weit genug. Wir haben bei der Vorlage große Enttäufung geübt; die Linke hat in vielen Punkten den Böwenanteil davongetragen. (Lachen b. d. Soz.) Umsonst haben wir es bedauert, daß die Linke uns beim § 7 nicht weiter entgegengekommen ist und daß ein Teil der Presse der Blockparteien Töne anschlägt, die uns Konfessionen das Mitarbeiten außerordentlich erschweren müssen. (Bravo! rechts.)

Dr. Spahn (Z.): Ohne Unterschied der Partei haben sich die süddeutschen Parlamente gegen das Gesetz ausgesprochen. Die Liberalen haben bei diesem Gesetz ihre Grundzüge verleugnet. (Lebh. Sehr richtig! im Zentr. und b. d. Soz.) Das preussische Oberverwaltungsgericht hat festgestellt, daß der Gebrauch der Muttersprache jedem Preußen verfassungsmäßig garantiert ist. Bisher hat der Reichstag sich immer gegen Beschränkungen des Gebrauchs der Muttersprache gewandt; jetzt aber verläßt er seine alten Traditionen. Die deutschen Minderheiten im Auslande werden unter Vergeltungsmaßregeln zu leiden haben. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter wird zerstört, wenn man die Organisationsarbeit unter den polnischen Arbeitern verhindert. (Sehr wahr! im Zentr. u. b. d. Soz.) Wenn man sagt, wenn der Reichstag nicht das Sprachverbot verläßt, so wird es Preußen tun, so ist es dasselbe, als wenn ein Dieb sich damit entschuldigt, wenn er nicht gestohlen hätte, so hätte es ein anderer getan. (Hitt. und Sehr gut! im Zentr.; Unruhe b. d. Freisinnigen.) Im Interesse des inneren Friedens lehnen wir den § 7 ab. (Lebh. andauernd Beifall im Zentr. u. b. d. Polen.)

Dr. Heber (N.) wirft den Polen vor, daß sie mit den Sozialdemokraten zusammengehen, fettert die Germanisierungstätigkeit Preußens in den Ostmarken und behauptet, daß auch im Auslande keine größere Freiheit für die Verwendung fremder Sprachen in Versammlungen bestehe. (Beifall b. d. Mehrh.; anh. Zischen b. d. Minderh.)

Regler (S.D.): Der § 7 macht für einen großen Teil der Bevölkerung das Versammlungsbrecht illusorisch. Will Preußen ein Nationalstaat sein, so hätte es die fremden Volkstämme nicht annectieren dürfen. Zu dem Unrecht der Annectation darf man nicht noch das Unrecht der Beschränkung der Muttersprache fügen. (Sehr gut! bei den Soz. und bei den Polen.) Nach einer Ausrufung des Reichstanzlers zu dem Kollegen Wiedeberg, dem Vorsitzenden des christlich-nationalen Maurerverbandes, soll die Anregung zum § 7 von rheinisch-westfälischen Großindustriellen ausgegangen sein. Vielleicht äußert sich der Kollege Wiedeberg darüber. Herr Heber hat sich in einer Weise zum Verteidiger Preußens aufgeworfen, wie man es von einem süddeutschen Abgeordneten nicht hätte erwarten sollen. Besser als er konnte kein Junker die Polenpolitik Preußens verteidigen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.) Man sagt den Polen alle möglichen bösen Absichten nach; aber man kann doch nicht von ihnen verlangen, daß sie die Hand küssen, die sie mißhandelt. Wrigens täuscht man sich, wenn man glaubt, die nationale Bewegung der Polen mit dem § 7 treffen zu können. Der wirklich Leidtragende wird die Gewerkschaftsbewegung sein, und es ist bezeichnend, daß auf Wink der Regierung der Antrag abgelehnt wurde, die gewerkschaftlichen Versammlungen vom § 7 auszunehmen. (Hört, hört! bei den Soz.) Den Gewerkschaften soll eben die Möglichkeit genommen werden, mit vom Auslande herbeigezogenen Streikbrechern zu verhandeln und sie vom Streikbruch abzuhalten. Daraus geht schon hervor, daß die gegenwärtige Fassung des § 7 von Großindustriellen stammt. Ich halte die Gefahr für ausgeschlossen, daß die Ablehnung des § 7 zu einer landesgesetzlichen Regelung der Frage führen würde, verweise übrigens darauf, daß Herr Gotheim erklärt hat, er würde, wenn er hier wäre, auch auf diese Gefahr hin gegen den § 7 stimmen, jedoch auch für den polnischen Antrag eintreten, der immerhin eine gewisse Verbesserung bringt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Bayer (Südd. Vpt.): Einen so freisinnigen Entwurf wie den gegenwärtigen hätte vor zwei Jahren noch kein Mensch für möglich gehalten. (Gr. Beifall bei der Minderheit.) Auch für alle Staaten Süddeutschlands bedeutet der Entwurf einen außerordentlichen Fortschritt. (Stürm. Wohl! b. d. Minderheit.) Die Minderheit meint es garnicht so ernst mit der Opposition. (Oest. Protest b. d.

Minderheit.) Wir sehen dieses Gesetz als ein Verdienst des Liberalismus an. (Lautes Lachen b. d. Minderh.) Wir wollen auf der Bahn weiter gehen, auf der wir uns bisher bewegt haben. (Zurufe b. d. Minderheit: Glückauf zu der abschließlichen Bahn? Wir wollen der Regierung keinen Grund geben und auszuschalten zugunsten anderer, die nur darauf warten. (Stürm. Widerspruch! Str.) Man hat uns so oft unsere angeblichen Fehler vorgehalten. (Lauter Zurufe b. d. Minderheit: Hausmann, Hausmann, Hausmann! hat es gesagt.) Man darf in der praktischen Politik nicht zu theoretisch sein. (Lebh. Zust. b. d. Freis.) Manchmal stehen Parteien vor wichtigen Entscheidungen. (Rufe b. d. Minderh.: Vorm Ruhhandel!) Ich bin nicht für die preussische Polenpolitik; will aber auch für die Polen keine Lanze brechen. Die Polen denken, daß sie nur Rechte und keine Pflichten haben. (Bravo! b. d. Natl., stürm. Unruhe b. d. Polen u. i. Str.) Wir können der preussischen Regierung nicht bei der Lösung der Polenfrage in den Arm fallen. (Bravo! rechts.) Kommt nicht die reichsgesetzliche Regelung, so kommt die landesgesetzliche, und dabei würden die Polen noch schlimmer fahren. Der Rechten gehen die Vergünstigungen, die wir in das Gesetz hineingebracht haben, schon zu weit. Wenn wir den Gewerkschaftsversammlungen keine Ausnahmestellung erteilen haben, so kommt das daher, daß uns die Sozialdemokratie in den Rücken gefallen ist. (Lautes anhaltendes Lachen b. d. Soz.) Wir sind überzeugt, mit diesem Gesetz der freisinnigen Entwicklung einen Dienst erwiesen zu haben. (Lauter Beifall beim Block, anhaltendes Zischen b. d. Minderheit.)

Dr. Kolbe (Npt.) erklärt, daß seine Fraktion für die Kommissionsfassung stimmen werden, obwohl sie die Regierungsfassung vorgezogen hätte.

Gräf-Weimar (Wirtsch. Vgg.): In nationalen Fragen muß Macht vor Recht gehen. (Hört, hört! b. d. Minderh.) Die Befestigung des Gebrauchs der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen wäre ein Ausnahmengesetz gegen die Deutschen. (Schallende, anhaltende Heiterkeit b. d. Minderheit.) Wir werden aber doch für die Kommissionsfassung stimmen. (Bravo! beim Block.)

Dr. Gregoire (Lothringer) tadelt unter dem Beifall der Mehrheit, daß er, Labrosse und de Wendel dem Zustandekommen des Gesetzes keine Schwierigkeiten bereiten wollten, weil sie es für einen großen Fortschritt hielten.

Staatssekretär von Bethmann-Hollweg: Die Ausnahmen, die die Kommission in den § 7 eingefügt hat, gehen weiter als der Regierung ermünstigt ist; sie wird aber das Kompromiß akzeptieren und sie ist entschlossen, den fremdsprachigen Bestandteilen der Reichsbevölkerung das weitestgehende Entgegenkommen zu bewilligen soweit es sich nicht um staatsfeindliche Bestrebungen handelt. Es ist auf Schwierigkeiten hingewiesen worden, die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aus dem § 7 erwachsen könnten. Die Landesregierungen werden aber ihre Maßnahmen so treffen, daß, soweit diese Teile der Arbeiterschaft in Betracht kommen (Hört, hört! b. d. Soz.), sie durch unangelegene Anwendung des § 7 in ihren geschäftlichen Bestrebungen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht beeinträchtigt werden. (Bravo! rechts.) Redner sagt ferner dem Abg. Gregoire Erfüllung der lothringischen Wünsche zu.

Dr. Wunderscher (Z.) bedauert die Stellungnahme der lothringischen Abgeordneten. Der Liberalismus, der diesem Gesetze bestimmt, ist gerichtet vor der Geschichte. (Stürm. Beifall bei der Minderheit.) Selbst wenn es sicher wäre, daß für Elsass-Lothringen die Nachteile des § 7 befristet werden, so werden wir doch unsere Hand nicht dazu bieten, die Polen unter ein Ausnahmengesetz zu stellen. (Lebh. Bravo! bei der Minderheit.) Die Liberalen sollten sich hüten: was heute gegen die Polen gemacht wird, kann morgen gegen die Juden gemacht werden. Ich warne nochmals, die Kette des § 7 unserm Volk um den Hals zu werfen. (Bravo! b. d. Minderh.)

Dr. Müller-Meinungen (FVp.) wirft dem Abgeordneten Regler bodenlose Leichtfertigkeit vor (Präsident Graf Stolberg bezeugt den Ausdruck als nicht zulässig) und behauptet, der Freisinn im allgemeinen und insbesondere er, der Abg. Müller, werde vom Zentrum und der Sozialdemokratie mit fanatischem Haß verfolgt. — Der „Vormwärts“ spricht in bezug auf die Freisinnigen von „galoppierender Korruption“ (Sehr richtig! bei der Minderheit), von „ausgehaltener der Börse“, vom „politischen Gestank“ und nun kommt die schönste Stelle (Präsident Graf Stolberg: Ich bitte um Ruhe. Stürmische Heiterkeit): „Vom Kopfe bis zur Zehe korruptiert, Verrat schwindend aus allen Poren, zu verächtlich, um noch ein Gegenstand des Hasses sein zu können.“ (Lauter Rufe: Sehr richtig! Lärm bei den Freisinnigen. Stürmische Unruhe im ganzen Hause.) Mit dem bayerischen Gesandten habe ich Mitleid. (Lachen im Zentrum.) Wie konnte der Gesandte auch nur hierherkommen und die Blocktracht loben. (Abg. Singer ruft: Das ist auch wunderbar! Stürmische Heiterkeit.) Gegenüber dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg muß ich bemerken (Lauter Rufe bei der Minderheit: Wagen Sie es auch? Stürm. Heiterkeit.) Daß wir uns mit einer verschiedenen Behandlung der verschiedenen Gewerkschaftsarten nicht einverstanden erklären können. Wir werden alles tun, um das nationale Unglück einer Wiederkehr der Zentrumsherrschaft zu verhindern. (Anhaltendes Lachen im Zentrum.) Wir werden alles tun, um das Gesetz zustande zu bringen, das von der Mehrheit des deutschen Volkes (Stürmische Heiterkeit) gewünscht wird. (Erneute stürmische Heiterkeit bei der Minderheit, die das Bravo der Mehrheit überhört.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erklärt, daß seine vorigen Bemerkungen sich keineswegs nur auf die christlich-nationalen Arbeiterorganisationen beschränken.

Deffor (Wf.): Für uns Elssässer ist es Ehrensache, nicht das Haus der Polen preiszugeben, um vielleicht unser eigenes Haus zu retten. (Stürm. Beifall bei der Minderheit.) Mit einem Tropfen Freiheit macht man mehr Eroberungen als mit der ganzen Eßglatte des § 7. (Lebh. anhaltender Beifall bei der Opposition.)

Hanssen (Däne) wendet sich scharf gegen den § 7. Soll man künftig bestraft werden, wenn man Johnson und Ibsen in ihrer Sprache in öffentlichen Versammlungen zitiert? Weniger Bismarck, mehr Schiller tut dem deutschen Volke not. (Lebh. Beif. b. d. Minderheit.)

Präsident (Pole): Dr. Heber sprach von Gegenlägen innerhalb der polnischen Fraktion. Nun, Fürst Radziwill ist sozialer als die Blockliberalen; denn er hat für den Antrag gestimmt, den diese ablehnten, in diesem Gesetz den landeslichen Arbeitern das Koalitionsrecht zu gewähren. (Lebhaftes Hört, hört! b. d. Polen, Soz. und i. Str.) Durch die brutale Germanisierung sind die begabten Polen in ihrer Kultur zurückgebracht worden. — Redner gibt, vom Vizepräsidenten Raempf mehrfach unterbrochen, eine Geschichte des Nationalitätenkampfes in den Ostmarken. — Es ist schade, daß die schönen Reden der Freisinnigen in der ersten Kommissionsberatung nicht stenographiert sind und mit ihren jetzigen Reden verglichen werden können. (Zustimm., Pitt. u. Beif. b. d. Minderh.)

Hue (S.D.): Zunächst muß ich konstatieren, daß die letzte Erklärung des Staatssekretärs über die Nichtanwendung des § 7 auf die Gewerkschaftsbewegung dem Wortlaut nach sich auch auf die freien Gewerkschaften bezieht. — Wie-

welt die chauvinistische Hege gegen die Polen geht, bemerkt eine Broschüre, in der verlangt wird, daß die polnischen Buchhändler ersetzt werden sollen. (Lebh. Beifall b. d. Minderheit.) Gerade weil wir uns als Deutsche fühlen, protestieren wir gegen diesen entehrenden Chauvinismus. In anderen Kulturländern können die Ausländer ohne jede Willkür ihre Muttersprache gebrauchen. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Herr Graf proklamierte, daß Macht vor Recht geht. Und derselbe Mann entrüstet sich über angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften! Hätte Christus diesen Grundlag gehabt, so wäre er Hofprediger bei dem König Herodes geworden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Müller-Meinungen entrüstet sich, wenn man Börsen und Vereinsgesetz in Zusammenhang bringt. Nun, die „Westdeutsche A.“ des christlich-sozialen Herrn Mumm hat diesen Zusammenhang konstruiert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn das Zentrum hier die Gelegenheit bekommen hat, wirklich einmal für Wahrheit, Freiheit und Recht einzutreten, so haben die Liberalen ihm zu dieser Rolle verholfen. Nicht bloß von sozialdemokratischer Seite, auch von der Stich-Dunckerischen Arbeiterpresse ist das Verhalten der Freisinnigen gegenüber dem § 7 auf das schärfste verurteilt worden. Vor den Wahlen hat man die Arbeiter mit Versprechungen gelockt. Die, die damals auf den Leim getreten sind, werden nach diesen Erfahrungen nicht zum zweiten Male hereinfallen. Sie werden erkennen, daß sie in der Sozialdemokratie ihre beste Vertretung haben. — Ich frage den Herrn Staatssekretär, ob es wahr ist, daß der Reichstanzler der christlich-nationalen Arbeiterdeputation erklärt hat, der § 7 komme nicht aus der Initiative der Regierung, sondern sei von den rheinisch-westfälischen Groß-Industriellen gewünscht. Ich behalte mir vor, amtliches Material darüber vorzubringen, und behaupte positiv, daß der § 7 bestellte Arbeit des Zentralverbandes der Industriellen. (Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Die Freisinnigen sind sich augenscheinlich über Entstehung und Tragweite des Paragrafen nicht klar, sie haben im preussischen Landtag in anerkennenswerter Weise gegen die Ausnahmengesetzgebung gestimmt; wollen Sie der Fortsetzung dieser Politik im Reiche zustimmen? Hier ist immer vom nationalen Interesse die Rede. Liegt es im nationalen Interesse, daß Westfalen vom polnischen Arbeiter überflutet wird, daß Schinesen, das Zirkeln als Streikbrecher nach Deutschland quartiert werden? (Lebh. Hört, hört! b. d. Minderheit.) Soll der Nationalitätenhader der Ostmarken auch nach dem Westen verpflanzt werden? Die Zahl der polnischen Arbeiter in Westfalen wird nach diesem Gesetze zunehmen, aber nicht mehr wird es möglich sein, sie zu belehren, sie von übertriebenen Schritten zurückzuhalten, wie es beim großen Streik im Ruhrkohlenrevier möglich war, damals, als die musterhafte Haltung der Arbeiterschaft allseitig anerkannt wurde. Ich warne die Freisinnigen, sich nicht auf die abschlägige Bahn der preussischen Polenpolitik zu begeben. Wir haben hier erlebt, wie allseitig über die Macht der Syndikate geklagt wurde. Der § 7 ist eine neue Verbeugung vor der Syndikatsmacht. Ich weiß, daß viele Freisinnige ehrlich bemüht sind, den Gewerkschaften keine Schwierigkeiten zu machen. Mögen Sie sich hüten, sich durch das nationale Parteifängerkleid verlocken zu lassen. Herr Naumann hat hier so schön über die Emanzipation der Arbeiter gesprochen. Lese er diese seine Rede nochmals durch und dann frage er sich, ob er für diesen Paragrafen stimmen kann. Wer für den § 7 stimmt, begünstigt bewußt oder unbewußt die Sache des Kapitals gegenüber der der Arbeiter. (Lebh. wiederholtes Bravo! b. d. Soz., b. d. Polen und i. Zentrum, Zischen b. d. Mehrheit.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erwidert, daß die Behauptung, § 7 bestellte Arbeit des Zentralverbandes unwahr sei. Der Reichstanzler habe sich auch nie so geäußert.

Korfanty (Pole) bekämpft noch einmal in erregten Worten das Gesetz, wird aber von dem Vizepräsidenten Raempf zweimal zur Ordnung gerufen.

Hierauf wird ein Schlußantrag der Blockparteien angenommen. Alle Abänderungsanträge werden abgelehnt und § 7 in der Kommissionsfassung mit 200 gegen 179 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen. Von den Freisinnigen stimmen mit Nein die Abg. Hausmann, Dohrn, Dr. Neumann-Söfer und Dr. Rothhoff. Das Resultat der Abstimmung wird von der Rechten mit schwachem Beifall, von den Minderheitsparteien mit lautem Zischen und stürmischen Pfui-Rufen aufgenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Zeitung mit zwei Abonnenten. Der schon fünfmal wegen Eigentumsvergehen vorbestrafte 37jährige Agent Karl Ebert in Halle a. d. S. geriet im August 1906 eine Zeitung unter dem stolzen Titel: „Deutsche Grundstücksverkaufsbörse“. Er selbst nannte sich Direktor dieser angeblichen Börse. Er präs. seine Zeitung als ein ganz hervorragendes Publikationsorgan an, das den Zweck habe, Grundstücksverkäufe zu vermitteln. Er redete von so und so vielen Spezialabteilungen für Kommissions-, Hypotheken- u. d. d. d. Er behauptete, an fast allen Plätzen des In- und Auslandes Vertreter zu haben. In Wahrheit hatte er nur vier bis sechs, die aber wegen mangelnden Verdienstes sehr bald mit ihm in Differenzen geriethen. Infolge der „probieren Reklame“, wie sich ein früherer Angestellter des Herrn Verkaufsbörsendirektors vor Gericht ausdrückte, wachte die Zeitung den Eindruck eines großartigen Unternehmens, erschien aber in sehr geringer Auflage und überdies sehr unregelmäßig. Ebert ließ jedesmal 100 Exemplare drucken, die er dann in Häufen mit jeweilig veränderten Datum verausgabte, wöchentlich höchstens bis zu 300 Nummern. Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hat die Zeitung a ganze zwei Abonnenten für einen vierteljährlichen Abonnementpreis von 1,50 Mk. gehabt! Eberts Geschäftsräume bestanden in einem einzigen Bureau, in dem er drei Kontoristen oder Kontoristinnen beschäftigte. Seinen auswärtigen Vertretern gab er die respektgebührenden Titel „Subdirektoren“. Er hielt sich zwölf größere Zeitungen, aus denen er alle auf Grundstücksverkäufe bezüglichen Annoncen ausschneiden und in ein Buch kleben ließ. Dann bot er den betreffenden Inserenten seine Vermittlung an. Er erhielt auch eine ganze Anzahl Inserate, die aber bei der Art des Blattes für die Inserenten völlig wertlos waren. Die Inserationsgebühren beliefen sich auf 20 Mark bis 100 Mark. Durch solche unglücklichen Inserate sind eine Menge Personen um insgesamt etwa 1000 Mark geschädigt worden. Die „Subdirektoren“ hielten nie lange bei Ebert aus, weil sie nur schwer Geld von ihm bekommen konnten und auch sehr bald merkten, daß das Unternehmen nicht reell sei. Manche haben noch jetzt Geld von ihm zu beanspruchen. Der Staatsanwalt bezeichnete das Geschäftsgebahren des Ebert als gemeingefährlich; sein Unternehmen sei nichts weiter als ein raffiniert angelegter Verrug zu dem Zwecke, den Leuten durch wertlose Inserate Geld aus den Taschen zu locken. Da der Angeklagte auch mit Rücksicht auf seine

